

Arbeiterpolitik

INFORMATIONSBRIEFE DER GRUPPE ARBEITERPOLITIK

■ ZUR TARIFAUSEINANDERSETZUNG IN DER METALLINDUSTRIE

»Bombe mit Zeitzündereffekt«

Verlauf und Resultat der IGM-Tarifrunde 2004 ähnelte dem Ritual vergangener Jahr(zehnt)e: nach zahlreichen Warnstreiks ein über Nacht im traditionellen Tarifbezirk Baden-Württemberg ausgehandelter Kompromiss, der einen drohenden Arbeitskampf abwendete und beide Seiten in der Öffentlichkeit das Gesicht wahren ließ. Die Kommentatoren in den Medien und die Politiker zeigten sich alle zufrieden über den abgewendeten Streik.

Aus dem Lager der Bundesregierung gab es Zustimmung auch zu den Ergebnissen der Verhandlungen, bei der Opposition überwog das Bedauern, dass sich die Unternehmer nicht stärker durchsetzen konnten, verbunden mit der Aufforderung an die Gewerkschaften zu größerer Kompromissbereitschaft. Betrachtet man allerdings die Ergebnisse der ausgehandelten Vereinbarungen näher und untersucht die gesellschaftlichen Bedingungen, unter denen diese Tarifrunde stattfand, so wird deutlich, wie rasch und tiefgreifend sich die sozialen und politischen Verhältnisse in den letzten Jahren verschlechtert haben. In dem ausgehandelten Kompromiss schlägt sich das nieder. Mit ihm ist die Auseinandersetzung nicht beendet; sie wird auf anderen Ebenen ihre Fortsetzung finden.

Die Ausgangsbedingungen der diesjährigen Tarifrunde

»Die Diskussion um die Höhe der Tarifforderung im Herbst 2003 stand noch ganz im Zeichen der desaströsen Beendigung des Oststreiks und der darauf folgenden öffentlichen Schlammenschlacht der sogenannten »Modernisierer« in der IG-Metall-Führung. [...] Die Lohntarifrunde sollte deshalb, so das Drehbuch der IG-Metall-Spitze, als ruhige sachorientierte Verhandlung mit einer bescheidenen Forderung über die Bühne gehen. Konfliktvermeidung stand ganz oben. Auch an der Basis wirkte das Desaster nach und führte, gespeist auch aus der allgemeinen Krisenangst, zu großer Verunsicherung. Die Folge war, dass selbst aus den süddeutschen Großbetrieben heraus kaum Druck für eine höhere Forderung als die vorgegebenen 4 Prozent entstand.« (AG Tarifpolitik der Gewerkschaftslinken, 27.2.04) Mit der maßvollen Lohnforderung hatte der Vorstand der IG Metall signalisiert, dass er einer Konfrontation mit dem Unternehmerlager aus dem Wege gehen wollte. Das Signal der Kompromissbereitschaft wurde jedoch von der Gegenseite nicht honoriert. Der Verband der Deutschen Metallindustrie (VDM) reagierte mit einer tarifpolitischen Maximalforderung, die zudem noch nicht einmal Gegenstand des gekün-



SCHÖNE BESCHEHRUNG

digten Lohntarifvertrages war. Eine generelle Öffnungsklausel sollte es ermöglichen zwischen den Betriebs«partnern« (Geschäftsleitung und Betriebsrat) ohne Zustimmung der Tarifvertragsparteien die wöchentliche Arbeitszeit auf 40 Stunden zu erhöhen, selbstverständlich ohne Bezahlung. Die IG Metall wäre – im Unterschied zu schon bestehenden Öffnungsklauseln – als Tarif- und Verhandlungspartner ausgeschaltet.

Die Metallunternehmer – und sie handelten hier im Interesse der herrschenden Klasse – sahen günstige Voraussetzungen für einen erfolgreichen tarifpolitischen Durchbruch. Die seit Jahren anhaltend hohe Erwerbslosigkeit und die Angst um den eigenen Arbeitsplatz hatten in den letzten Jahren Belegschaften, Betriebsräte und Gewerkschaften erpressbar gemacht. Resultat waren u. a. die zahlreichen betrieblichen Vereinbarungen in der Metallindustrie, die schon durch die Öffnungsklauseln des alten Tarifvertrages möglich waren. »Tatsächlich gilt die 35-Stunden-Woche in vielen Betrieben nur noch als Rechengröße. Oft schwankte die Arbeitszeit je nach Auslastung zwischen 30 und 45 Stunden. Bei DaimlerChrysler in Untertürkheim arbeitet ein Großteil der Beschäftigten in der Produktion regelmäßig 40 Stunden. Davon sind 35 bezahlt, 5 Stunden werden auf Zeitkonten gutgeschrieben. [...] Und auch ohne drohenden Konkurs können über Ergänzungstarifverträge Sonderregelungen vereinbart werden. Ein Beispiel ist der Werkzeugmaschinenhersteller Trumpf im schwäbischen Dillingen. Dort gilt seit Jahren ein Sondertarif, der pro Mitarbeiter 70 Stunden unbezahlte Mehrarbeit im Jahr vorsieht. Bisher hängt die IG

Metall solche Extravereinbarungen ungern an die große Glocke, jetzt veröffentlichte sie die Zahlen: Bei 1141 von insgesamt 5704 Mitgliedsbetrieben von Gesamtmetall gilt bereits ein Ergänzungsstarifvertrag. Der Flächentarifvertrag hat demnach schon weit mehr Löcher, als bislang vermutet.» (Die Zeit, 5.02.04)

Die Tarifverhandlungen 2003 haben die Orientierungslosigkeit, Ratlosigkeit und Schwäche der Gewerkschaften offenbart – nicht nur die Streikniederlage der IG Metall im Osten, sondern u.a. auch die Tarifvereinbarung zwischen Berliner Senat und ver.di, die eine generelle Absenkung von Löhnen und Gehältern mit sich brachte. Noch nie in der Geschichte der BRD hat sich das Kräfteverhältnis zwischen Kapital und Arbeit, zwischen Unternehmerverbänden und Gewerkschaften derart rasant und stark zu Lasten der Lohnabhängigen verschoben wie in den letzten Jahren.

Die sich daraus ergebende innenpolitische Situation schien für einen erfolgreichen Angriff auf die Tarifautonomie günstig. Der überwiegende Teil der Bevölkerung hatte die sozialpolitischen Abbaumaßnahmen (Hartz, Agenda 2010, Kürzungen bei Renten und Gesundheitsleistungen) zwar manchmal murrend, aber weitgehend passiv über sich ergehen lassen. Und die Vorstände der Gewerkschaften haben die Notwendigkeit der »Reform«-Maßnahmen im Grundsatz anerkannt; Kritik übten sie allenfalls in Detailfragen und an Ausführungsbestimmungen. Die bisher noch schwachen Proteste fanden gegen oder ohne praktische Unterstützung durch den DGB und die Vorstände der Einzelgewerkschaften statt. So kündigte zum Beispiel die DGB-Vizevorsitzende Engelen-Kefer nicht ihre Mitarbeit in der Rürup-Kommission auf, um damit ein Zeichen zum Widerstand gegen den Sozialabbau zu setzen, sondern arbeitete bis zum Schluss unverdrossen mit.

Sowohl von der Regierung als auch den Oppositionsfraktionen erhielten die Metallunternehmer direkte politische Schützenhilfe für ihren Vorstoß. »Ich erwarte also, dass sich die Tarifvertragsparteien entlang dessen, was es bereits gibt – aber in weit größerem Umfang – auf betriebliche Bündnisse einigen, wie das in vielen Branchen bereits der Fall ist. Geschieht das nicht, wird der Gesetzgeber zu handeln haben.« (Bundeskanzler Schröder in 2010-Agenda-Rede.)

Die CDU/CSU-Fraktion hat einen eigenen Gesetzesentwurf zur Aushebelung der Tarifautonomie vorgelegt und in

den Vermittlungsausschuss zwischen Bundestag und Bundesrat eingebracht.

Die IG Metall sieht sich zum Handeln gezwungen

Die neugewählte Führung der IG Metall, die eine normale, möglichst konfliktfreie Lohnrunde angestrebt hatte, stand einem unerwünschten Grundsatzkonflikt gegenüber. Zwar hatte sie in der Vergangenheit immer wieder unter Beweis gestellt, dass sie zur Sicherung des Standortes zu Zugeständnissen und Abstrichen bereit ist; ihr Bestreben muss es jedoch sein, als Sozial- und Verhandlungspartner dabei mit im Boot zu sitzen. Die weit gehenden Öffnungsklauseln, die von der Gegenseite gefordert wurden, sahen das aber nicht mehr vor. Ein Nachgeben angesichts der tarifpolitischen Offensive des Unternehmerlagers wäre einer Selbstdemontage gleichgekommen. Eine ihrer wichtigsten Funktionen hätte die IG Metall an die Betriebsräte abgeben müssen. Auch in den eigenen Reihen wäre das nicht zu vermitteln gewesen und auf Widerstand gestoßen. Der IG Metall-Vorstand sah sich zum Handeln gezwungen.

Nach dem Ablauf der Friedenspflicht wurde bundesweit zu Warnstreiks aufgerufen. Den Schwerpunkt bildeten die kampfstarken Tarifbezirke Baden-Württemberg und Bayern. In den dortigen Großbetrieben wurden die Warnstreiks zu Selbstläufern. »Die Beteiligung an den Warnstreiks war gigantisch. Wir hatten gute Voraussetzungen, um aus dieser Auseinandersetzung mehr zu machen.« (Tom Adler, BR bei DaimlerChrysler, Untertürkheim/Mettingen in einem Inter-

INHALT

Metall: »Bombe mit Zeitzündereffekt«	1
Streik der Tageszeitungs-Redakteure	5
Bürgerschaftswahlen in Hamburg:	
Absolute CDU-Mehrheit durch Arbeiterstimmen	7
Die Wählerbewegungen	9
Beust-Schill-Regierung nach 2 Jahren am Ende ..	10
SPD-Kandidat Mirow in Harburg	11
Kassel: Protest und Widerstand gegen den Sozialabbau ..	12
Berlin: Interview mit einer BVG-Kollegin	14
Berlin: Der DGB-Arbeitskreis mobilisierte	15
Deutsche Post AG: Lohnsenkung bei den Beamten	16
Konferenz zur Problematik von Übergangsforderungen ..	19
Buchbesprechung:	
Eine politische Biografie Heinrich Brandlers	21
Zum 100. Geburtstag von Fritz Duda:	
Der Maler aus dem Kohlenpott	25

Die »Informationsbriefe« und weitere Broschüren und Bücher der GFSA e.V. werden in folgenden Buchhandlungen angeboten:

● **Berlin-West:** »Schwarze Risse«, Gneisenaustraße 2a ● **Berlin-Ost:** »Der kleine Buchladen«, Weydinger Straße 14 –16 ● **Bonn:** »Buchladen 46«, Kaiserstraße 46 ● **Bremen:** »Buchladen in der Neustadt«, Lahnstraße 65b ● **Essen:** »Heinrich-Heine-Buchhandlung«, Viehofer Platz 8 ● **Frankfurt/Main:** »Haus der Bücher« Peter Naacher, Zieglhüttenweg 27 / »Uni-Buch«, Studentenhaus, Jügelstraße 1 ● **Göttingen:** Buchhandlung »Rote Straße«, Nicolaikirchhof 7 ● **Halle:** Infoladen »Verein Kellnerstraße e.V.«, Kellnerstraße 10a ● **Hamburg:** »Heinrich-Heine-Buchhandlung«, Schlüterstraße 1 / »Schwarzmarkt«, Kleiner Schäferkamp 46 / Buchhandlung »Nautilus«, Bahrenfelder Str.: Zeiseshallen / Buchhandlung »Osterstraße«, Osterstraße ● **Hanau:** »Buchladen am Freiheitsplatz«, Am Freiheitsplatz 6 ● **Hannover:** »Internationalismus-Buchladen«, Engelbosteler Damm 10 ● **Kassel:** »Gestocheu scharf«, Elfbuchenstraße 18 ● **Kiel:** »Zapata« Buchladen, Jungfernstieg 27 ● **Leipzig:** »Liebknecht-Haus«, Braustraße 15 ● **Lüneburg:** »F. Delbanco«, Bessemerstraße 3 ● **Mönchengladbach:** »prolibri« Buchladen, Regentenstraße 120 ● **Siegen:** Buchhandlung »Bücherkiste«, Bismarckstraße 3

Arbeiterpolitik

Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: W. Müller
Herstellung und Vertrieb: GFSA – Gesellschaft zur Förderung des Studiums der Geschichte der Arbeiterbewegung e.V.

Alle Zuschriften nur an diese Adresse:

»GFSA e.V. · Postfach 106426 · D-20043 Hamburg«
Internet: www.arbeiterpolitik.de · e-mail: arpo.berlin@gmx.de

Streik abgewendet

»Die Welt« Gewerkschaften und Arbeitgeber vereinbaren Lohnerhöhung und weitere Öffnungsklauseln

view mit der Jungen Welt, 16.02.04). »Diese Streiks wären nicht wie im Sommer ins Leere gelaufen«, kommentierte auch die Financial Times Deutschland am 13.02.04. Nicht so sehr die Lohnfrage, sondern die Forderung der Metallunternehmer nach unbezahlter Mehrarbeit von fünf Stunden trieb die Belegschaften massenhaft vor die Betriebstore. Neben der Empörung über das Vorhaben von Gesamtmetall kam auch die gewachsene Unzufriedenheit über die Agenda 2010, die Gesundheits- und Rentenreform in der hohen Streikbeteiligung zum Ausdruck.

Für breite Teile der Bevölkerung wurden die Auswirkungen des sozialpolitischen Abbaus erst in den letzten Monaten praktisch spürbar; die eingeleiteten Maßnahmen betreffen zunehmend auch die noch Erwerbstätigen. Die Zuzahlungen beim Arzt, die Besteuerung der Betriebsrenten usw. haben die Stimmung kippen lassen. Die SPD befindet sich seit Monaten bei den Meinungsumfragen in einem bisher nicht gekannten Stimmungstief; eine Änderung ist nicht absehbar. Immer mehr Parteimitglieder (10.000 allein im Januar 2004) haben ihr Parteibuch zurückgeschickt. Angesichts der in diesem Jahr stattfindenden Wahlen sorgte dies auch unter den sozialdemokratischen Funktionsträgern für Verunsicherung und Unruhe. Der Rücktritt Schröders vom Parteivorsitz ist ein Resultat dieser veränderten Stimmung. Mit der neuen Aufgabenteilung will er, unbelastet vom Parteivorsitz, als Bundeskanzler die SPD insgesamt weiter auf Regierungskurs halten. Sein Nachfolger Müntefering soll dies als innerparteilicher Zuchtmeister durchsetzen. Zugleich fällt ihm die (unlösbare) Aufgabe zu, das soziale Image der Partei aufzupolieren ohne Abstriche in der Regierungspolitik vornehmen zu müssen.

Ein möglicher Streik in der Metallindustrie wäre angesichts der innenpolitischen Stimmung – anders als der verlorene Arbeitskampf im Osten – auf mehr Sympathie in der Bevölkerung gestoßen. Er drohte zu einem Kristallisationspunkt zu werden, bei dem indirekt die Ausrichtung der »Reform«politik der letzten Jahre zur Debatte gestanden hätte. Die Eigendynamik und der Ausgang eines Arbeitskampfes lassen sich aber nicht von vorneherein bestimmen; vor allem die Auswirkungen eines politisierten Arbeitskampfes sind nur schwer zu kalkulieren und zu kontrollieren.

Das Unternehmerlager sah die Gefahr, dass der drohende Arbeitskampf – sollte es sich mit seinen Kernforderungen nicht durchsetzen – zu einem Schuss nach hinten wird. Er wäre für alle, die der ganzen Richtung des seit Jahren betriebenen »Reform«kurses ablehnend gegenüberstehen, zu einem Signal geworden; zum Beweis, dass es möglich ist, sich auch unter den schlechten Ausgangsbedingungen zur Wehr zu setzen. Im übrigen benötigt der VDA die IG Metall noch als Tarifpartner und Ordnungsfaktor zur Durchsetzung seiner Interessen.

Die Führung und der Apparat der IG Metall lehnen es ab, dem Klassenkampf von oben auf der gleichen Ebene zu antworten. Sie verstehen sich und agieren als Tarif- und Verhandlungspartner, der die bestehende Gesellschaftsordnung und seine Regeln anerkennt. Denn: Jede Gewerkschaftspoli-

tik ist zunächst Tarifpolitik, sie stellt das Lohnsystem nicht grundsätzlich in Frage, sondern reproduziert dieses ständig. Folgerichtig versuchen die Vorstände der Gewerkschaften alles zu vermeiden, was sie in Auseinandersetzungen mit dem Unternehmerlager und die Regierung treiben oder zu einer Radikalisierung führen könnte. Die Zugeständnisse an die Gegenseite werden notwendigerweise immer größer.

Keine Seite – weder Gesamtmetall noch die Führung der IGM – wollten das Risiko eines zugespitzten und politisierten Arbeitskampfes eingehen. In ihrem gemeinsamen Interesse lag es, den Konflikt auf Sparflamme zu führen und durch einen Kompromiss den Streik überflüssig zu machen.

Das Ergebnis der Tarifverhandlungen

Die hohe Streikbereitschaft vor allem in Baden-Württemberg und Bayern vor dem Hintergrund des gewachsenen Unmuts in der Bevölkerung hatte das Unternehmerlager zu einem Teilrückzug gezwungen. »Die IG Metall bleibt im Boot, hat sich aber verpflichtet, mit uns in die gleiche Richtung zu rudern«, kommentierte Südwestmetall-Chef Zwiebelhofer den Abschluss (Financial Times Deutschland, 13.2.2004). Gesamtmetall-Präsident Kannegießer räumt ein, »dass die Lösung »ein anderer Weg ist, als wir uns ursprünglich vorgestellt haben«. Die Forderung nach Öffnungsklauseln habe aber ein Kernselbstverständnis der IG Metall berührt. »Wir können auf verbrannter Erde, die entstanden wäre, keine betrieblichen Spielräume bauen.« (FTD, 13.2.2004) Diese Sichtweise entspricht zur Zeit der Mehrheitsmeinung in den Arbeitgeberverbänden.

Die IG Metall konnte zwar nach außen ihr Gesicht wahren und verkündete: »Wir haben unser Versprechen gehalten, eine Rückkehr zur 40-Stunden-Woche wird es mit uns nicht geben.« (IGM-Vorsitzender Peters) Die Realität in den Betrieben wird allerdings anders aussehen. »Zunächst einmal muss man festhalten: Die Unternehmer sind mit ihrem Vorhaben, über generelle Öffnungsklauseln die Wochenarbeitszeit ohne Lohnausgleich auf bis zu 40 Stunden heraufsetzen zu können nicht durchgekommen. Andererseits haben sie weitere Öffnungsklauseln in Richtung 40-Stunden-Woche erreicht. Dies würde ich als Bomben mit Zeitzündereffekt betrachten, die nicht unmittelbar einen Erdbeben in der Fläche hervorrufen. Es sind aber Bohrungen in einem Damm, die in der Summe irgendwann dazu führen, dass er bricht. Die Formulierung im Vertrag, dass es gemeinsames Ziel der Tarifparteien sei, Arbeitsplätze am Standort Deutschland zu sichern, die Wettbewerbsfähigkeit und Investitionsbedingungen zu verbessern, bedeutet nichts anderes als das ‚Bündnis für Arbeit und Wettbewerbsfähigkeit‘ pur – jetzt per Tarifvertrag.« (Tom Adler, BR bei DaimlerChrysler, Untertürkheim/Mettingen, Interview Junge Welt, 16.2.2004)

Zusammengefasst: Dem Unternehmerlager ist es nicht gelungen im ersten Angriff die Tarifautonomie und den Flächentarifvertrag zu Fall zu bringen. Es hat allerdings einen erheblichen »Geländegewinn« erzielt. Das wird es nutzen, um schrittweise das begonnene Vorhaben zu vollenden – auf betrieblicher und politischer Ebene. Das Verhalten der IG Metall-Führung folgte dem in letzter Zeit üblichen

Personalchef Fleig von DaimlerChrysler lobt den Metall-Abschluss

»Mit diesem Vorstoß sind wir bei den Gewerkschaften in die Tabuzone 35-Stunden-Woche gestoßen. Die Gewerkschaft sieht in solchen Forderungen immer einen Angriff auf ihre Grundsubstanz. (...) Allerdings hätten wir das, was jetzt in der Tarifvereinbarung geregelt wurde, ohne den Tabubruch nicht erreicht. (...) Wir haben den gesamten Katalog der tariflichen Mindestnormen geöffnet. Wenn es die wirtschaftliche Situation eines Betriebes erfordert, können sämtliche tarifliche Standards auf Absenkung überprüft werden, nicht nur die unentgeltliche Verlängerung der Arbeitszeit, wie ursprünglich gefordert. (...) Es wird Kritikern schwer fallen, einen Tarifabschluss in den letzten 40 Jahren zu finden der betriebswirtschaftlich günstiger ist als der jetzige. (...) Auch in der Möhringer Zentrale könnten wir die Arbeitszeit bei 50 Prozent der Beschäftigten auf 40 Stunden ausdehnen, wenn wir wollen. Darüber werden wir ebenfalls mit dem Betriebsrat reden. (...) Ich halte eine Lösung, die bei der Unterschreitung tariflicher Mindestnormen die Unterstützung der Tarifparteien sichert, für viel stabiler und umsetzbarer als eine rein betriebliche Lösung.« ■

Muster. Durch die Zugeständnisse bei den Öffnungsklauseln wollte sie ihre Verlässlichkeit als Tarifpartner unter Beweis stellen und sich die Anerkennung durch die Gegenseite »erkaufen«. Mit der Laufzeit von 26 Monaten hat sie sich selbst bis zur nächsten Bundestagswahl die Hände gebunden. Die Vertreter des VDM feierten dies als Planungssicherheit für die Unternehmen.

»Die nächsten Angriffe kommen so sicher wie das Amen in der Kirche«

so nochmals Tom Adler zum Verhandlungsergebnis. Die Vertreter des VDM und die bürgerliche Presse haben schon angekündigt, wie es nach ihren Vorstellungen weitergehen soll. »Dafür aber, so machten sich die Arbeitgeber sogleich [unmittelbar nach dem gefundenen Kompromiss, d.Red.] Mut, müssten die Absichtserklärungen über die Abweichungen vom Flächentarif nun erst recht in den Betrieben umgesetzt werden. Und so könnte es sein, dass die Einigung von Pforzheim nicht das Ende eines großen Konfliktes ist, sondern dessen Anfang.« (SZ, 13.2.2004) »Bei Bosch wollen die Arbeitgeber nun die Probe machen: Die Fertigung der neuen Dieselfuß-Filter sei zu Tarifbedingungen in Deutschland nicht wettbewerbsfähig, Produktionsverlagerung ins Ausland drohe, erklären Verbandsvertreter. Deshalb müsse hier der im Tarifabschluss angebotene Werkzeugkasten ausgepackt werden: Etwa die Kürzung des Weihnachtsgeldes oder die Erhöhung der Arbeitszeit auch ohne Lohnausgleich, so wie ursprünglich als generelle Öffnung gefordert. 'Sperrt sich hier die IG Metall', erklärt ein Arbeitgeber-Vertreter, 'dann tritt die Firma eben aus dem Tarifvertrag aus'.« (Süddeutsche Zeitung, 13.2.2004)

Ob es uns nun passt oder nicht, je mehr die Gewerkschaften auf ihrem traditionellen Feld der Tarifpolitik zurückgeworfen werden, je mehr Tarifverträge (mit den zahlreichen Ausnahmen und Öffnungsklauseln) an bindender Kraft ver-

Tarifrunde und Agenda 2010

»Die Agenda hat die IG Metall gerettet« wurde scherzhaft kommentiert, als sich mehr als erwartet an den Warnstreiks beteiligten. Tatsächlich war die Wut über die Schweinereien bei den Renten, bei Gesundheit, Arbeitslosengeldern und Steuern sicher ein mobilisierender Faktor neben der unver-schämten Forderung nach unbezahlter Arbeitszeitverlängerung. Wer auf den Streikversammlungen diese Dinge ansprach, hatte den Beifall sicher. Das Selbstbewusstsein all derer, die am 1. November in Berlin dazu beigetragen haben, die Lethargie zu überwinden und wieder was in Bewegung zu bringen, hat auch die Warnstreiks angeschoben.

Jetzt hätte eine Fortsetzung des Tarifkonflikts nicht nur weiche Stellen im Tarifvertrag vermeiden, Selbstbewusstsein und Kampfkraft stärken und eine Wende in Richtung Arbeitszeitverkürzung einleiten können – auch der Kampf gegen die Agenda hätte von einer ausgeweiteten Bewegung, erst recht von einem Streik profitieren können.

Aber auch das war wohl nicht gewollt. So sagte Berthold Huber erst Anfang Januar: »Wir brauchen deshalb Anschlussfähigkeit an die öffentliche Debatte. Anstatt uns z.B. wie mit der von uns zelebrierten ›Bremsen-Rolle bei der Debatte um die ›Agenda 2010‹ selbst zu schaden, brauchen wir eine offene Diskussion darüber, wie und ob unsere Definition zentraler Wertkategorien wie z.B. ›Solidarität‹ oder ›soziale Gerechtigkeit‹ ... noch stimmig ist.« Für solche Debatten hat Kollege Huber jetzt wieder Zeit. Oder anders herum: »Die IG Metall hat die Agenda gerettet!«

aus: AG Tarifpolitik der Gewerkschaftslinken, 27.2.2004 ■

lieren, desto stärker sind die Belegschaften auf sich selbst gestellt. Von ihrer Kraft und Aktivität werden in Zukunft Lohn und Arbeitsbedingungen in weit stärkerem Maße abhängen als früher. Die Zeiten, in denen kampfstärke Bereiche stellvertretend für alle »die Kastanien aus dem Feuer holen« konnten, gehören der Vergangenheit an. Mit dem verschärften Klassenkampf von oben bekommt auch das Modell der bundesdeutschen Gewerkschafts- und Tarifpolitik eine andere Funktion; es wird, statt Löhne und Arbeitsbedingungen zu sichern, zu einem Instrument für deren Abbau.

Die Kolleginnen und Kollegen in den Betrieben stehen damit vor Bedingungen, die sie sich noch vor wenigen Jahren nicht mal im Traum vorstellen konnten. Unter dem Druck der Arbeitslosigkeit, unter den Drohungen und Erpressungen der Gegenseite, müssen sie nach Mitteln und Wegen suchen, um ihren Interessen den notwendigen Nachdruck zu verleihen. Das wird kein leichter und kurzer Prozess sein: Während die Kapitaleseite und ihre politischen Vertreter offen und unverhohlen vorgehen, um die noch geltenden sozialen Sicherheiten wegzuräumen, sind die Belegschaften geprägt durch eine lange Periode praktizierter Sozialpartnerschaft und Stellvertreterpolitik. Das spiegelt sich wider unter den betrieblichen Interessenvertretern; vor allem die Betriebsräte in den großen Konzernen begreifen sich meistens als Co-Manager. Diese Betriebsräte als auch die Führung der IG Metall werden bei den anstehenden Verhandlungen auf betrieblicher Ebene der bisherigen Linie folgen und den Abbau als das kleinere Übel verkaufen. »Geht es meinem Unternehmen gut, so sind wenigstens die Arbeitsplätze gesichert«, mit dieser Ansicht

stehen die Co-Manager unter den Beschäftigten nicht alleine. Im kapitalistischen Konkurrenzkampf sind einzelne Betriebe und Standorte tatsächlich leichter erpressbar. Eine Korrektur und Veränderung der gewerkschaftlichen Politik kann es nur geben, wenn die Belegschaften selbst aktiv werden und die Auseinandersetzung aufnehmen. Den linken und kritischen Kräften in den Gewerkschaften fällt die praktische Aufgabe zu, für den notwendigen Informationsaustausch zwischen den Betrieben, für die Herstellung von Verbindungen und für gemeinsame Absprachen zu sorgen, wenn es in den Belegschaften Ansätze von Widerstand gibt. In den Gewerkschaften gilt es, deren Politik der Unterordnung unter die kapitalistischen Sachzwänge zu kritisieren sowie deren soziale und politische Folgen für die Lohnabhängigen aufzuzeigen.

Auch auf der politischen Ebene ist mit dem ausgehandelten Kompromiss die Auseinandersetzung keineswegs beendet. »Um Schaden vom Standort Deutschland abzuwenden, ist die Politik gefordert. Sie muss – das wäre zumindest ein Anfang – durch ein zwingend vorgeschaltetes Schlichtungsverfahren dafür sorgen, dass die Friedenspflicht ausgedehnt und ein Streik nur als allerletztes Mittel der Auseinandersetzung in Frage kommt.« (FAZ, 13.2.2004) Die Süddeutsche Zeitung fordert: »Gerhard Schröder hatte im März 2003

gesagt, er erwarte, dass sich die Tarifpartner 'entlang dessen, was es bereits gibt, in weit größerem Umfang auf betriebliche Bündnisse einigen'. Andernfalls müsse der Gesetzgeber handeln. Diese Mahnung – oder wie die Gewerkschaften meinen: diese Drohung – des Kanzlers hat auch nach dem Metallabschluss weiterhin Gültigkeit.« (13.2.2004) Die bürgerliche Presse übernimmt willfährig die Wünsche des BDA.

Auch wenn die IG Metall für den Abschluss von der Bundesregierung ein Lob erhielt – was sind deren Lobhudeleien noch wert? – eine Garantie für den Verzicht auf Gesetzesänderungen gibt es nicht. Spätestens, wenn in zwei Jahren die heutige Koalition durch eine unionsgeführte Bundesregierung abgelöst werden sollte, steht eine gesetzliche Einschränkung der Tarifautonomie wieder auf der Tagesordnung. Verhängnisvoll wäre ein Kurs, der durch weitgehende Zugeständnisse bei den Verhandlungen über die Umsetzung der Öffnungsklauseln glaubt, die Gegenseite von ihren Vorhaben abbringen zu können. Mit wem wollen die Gewerkschaften dann die Tarifautonomie und den Flächentarifvertrag noch verteidigen, wenn große Teile der Mitgliedschaft durch die zahlreichen Ausnahmeregelungen gar nicht mehr zu den Bedingungen des Flächentarifvertrages arbeiten und die Gewerkschaften schon in Scharen verlassen haben?

Berlin, März 2004 ■

■ ZUM STREIK DER REDAKTEURE AN TAGESZEITUNGEN

Tarifstandards wurden erstmals flächendeckend gesenkt!

Weitgehend unbemerkt von der Öffentlichkeit verlief die bundesweite Tarifrunde und der anschließende Streik der Redakteure an den Tageszeitungen. Doch an dem Tarifabschluss vom 24. Februar werden alle Beschäftigten in den Druckereien und Verlagen, darüber hinaus alle Gewerkschaften noch länger zu knabbern haben. Den im Bundesverband Deutscher Zeitungsverleger (BDZV) organisierten Unternehmen ist gegenüber den Zeitungsredakteuren zum ersten Mal ein dauerhafter Einbruch in das Tarifniveau gelungen.

Für Werner Hundhausen, Verhandlungsführer des BDZV, »ist der Tarifabschluss ein wichtiger Schritt in eine veränderungsnotwendige Tarifpolitik, die besser auf die wirtschaftlichen Bedingungen in der Zeitungsbranche eingeht. Erreicht worden sei ein Einstieg in eine dringend notwendige dauerhafte Korrektur des Tarifniveaus. Über sieben Verhandlungsrunden weigerten sich die Gewerkschaften anzuerkennen, dass es sich bei der wirtschaftlichen Entwicklung in der Zeitungsbranche nicht nur um ein kurzfristiges konjunkturbedingtes Phänomen handelt, sondern zugleich um einen tiefgreifenden Strukturwandel, der nach einer Veränderung des hohen Tarifniveaus verlange. Erst in der achten Verhandlungsrunde gelang es dann, die Verhandlungskommission von ver.di und Deutscher Journalisten-Verband (DJV) zu überzeugen, dass nur dauerhaft wirkende Regelungen im Manteltarifvertrag der Branche weiterhelfen und zeitliche befristete Sonderregelungen von den Verlegern abgelehnt würden.« (zitiert nach www.bdvz.de)

Die Frankfurter Allgemeine Zeitung beginnt ihren Bericht mit der Feststellung: »In einer bemerkenswerten

Einigung haben Arbeitnehmer und Gewerkschaften im Tarifkonflikt für die rund 14 000 Redakteure von Tageszeitungen erstmals flächendeckend tarifliche Standards gesenkt.« Die Zeitung erläutert: »In anderen Branchen haben die Gewerkschaften Kürzungen bisher nur befristet und meist nur unter bestimmten Voraussetzungen - beispielsweise zur Beschäftigungssicherung – im Rahmen von tariflichen Öffnungsklauseln zugestimmt.« Mehr als hilflos wirkt dagegen die Versicherung der stellvertretenden Vorsitzenden der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di, Margret Mönig-Raane: »Das ist wirklich die Ausnahme und kein Präzedenzfall. Wer glaubt, jetzt auf ganzer Breite abräumen zu können, der irrt sich.« In dem Abschluss ein Signal für andere Branchen zu sehen, sei »ökonomischer Unsinn«, da die Binnennachfrage dann nur noch mehr an Schwung verlöre.« (FAZ 26.02.04)

Die Tarifeinigung sieht vor, dass das Urlaubsgeld von 100 auf 80 Prozent gekürzt wird und vom Jahresurlaub je nach Lebensalter ein bis drei Tage gestrichen werden. Von 2004 an haben Redakteure von weniger als 40 Jahren nunmehr nur noch Anspruch auf 30 Urlaubstage im Jahr. Vom 40. Lebensjahr an werden 32, vom 50. Jahr an 33 und vom 55. Jahr an 34 Tage gewährt. Bisher waren es 31 bis 35 Tage. Diese Urlaubstage waren den Redakteuren als Ausgleich für die Belastung durch Nacht- und Wochenendarbeit zugestanden worden.

Im Gegenzug sollen die Gehälter nach zehn Monaten ohne Erhöhung vom 1. Juni an um 1,3 Prozent steigen. Der neue Gehaltstarifvertrag hat eine Laufzeit von 24 Monaten und gilt bis zum 31. Juli 2005. Der vorherige Gehaltstarif-



Oben: Ein Hauptamtlicher des djv spricht vor dem dpa-Gebäude zu etwa 60 Streikenden. Der mit der dpa-Geschäftsleitung abgeschlossene Haustarif ermöglichte den in der Presseagentur Arbeitenden, die bestreikten Redaktionen bundesweit mit zusätzlichem Materiel, teilweise mit komplett gestalteten Seiten, zu versorgen. Rechts: Der ver.di-Fachbereichsvorsitzende Frank Wernike spricht auf der Abschlusskundgebung noch vor rund 300 Streikenden aus ganz Norddeutschland.

vertrag war schon Ende Juli 2003 ausgelaufen. Der von den Arbeitgebern schon zum Ende 2002 gekündigte Manteltarifvertrag wird in geänderter Form zum 1. Januar 2003 wieder in Kraft gesetzt. Die Abstriche an Urlaubsgeld und an der Urlaubsdauer gelten aber erst für das laufende Urlaubsjahr. Großzügig erklärte der Verlegerverband: »Kein Redakteur muss etwas zurückzahlen.« Über das Thema der Staffellung des Gehalts nach Berufsjahren wird eine Arbeitsgruppe eingesetzt. Bei dem Honorar der Freien und der Urheberrechtsregelung gibt es noch keine abschließende Regelung.

Im Windschatten der Agenda 2010 hatten die Verleger die Tarifrunde mit provokanten Forderungen eröffnet: Absenkung des Urlaubsgeldes auf 68 %, Absenkung der Urlaubsdauer generell auf 30 Tage, keine automatische Steigerung des Gehalts mehr nach 15 Berufsjahren, Erhöhung der Wochenarbeitszeit von 36,5 auf 40 Stunden, Öffnungsklauseln, nach denen Betriebe ohne Zustimmung der Gewerkschaften vom Tarifvertrag abweichen können. Das Vorgehen seiner Mitverleger kommentierte der Geschäftsführer des Verlages Nürnberger Presse, Bruno Schnell, in den Nürnberger Nachrichten mit den Worten: »Wobei sich nicht nur gewerkschaftlich denkenden Beobachtern ein böser Verdacht aufdrängt: Der Verlegerverband könnte die Gunst der schlechten Stunde nutzen wollen, um mit dem Argument der wirtschaftlichen Notlage eine gravierende Trendwende einzuleiten in einer Tarifpolitik, die bislang auf den beiderseitigen Ausgleich berechtigter Interessen achtete.« (11.02.04)

Nach fünf ergebnislosen Verhandlungsrunden, die Verleger hatten inzwischen die Forderung nach Erhöhung der Wochenarbeitszeit und einer Öffnungsklausel im Hinblick von ersten Warnstreiks fallen gelassen, riefen die Gewerkschaften die Mitglieder zur Urabstimmung. Besonders die Kürzung des Urlaubsanspruchs mobilisierte einen Teil der Beschäftigten. Der 29. Januar 2004 war der erste offizielle Streiktag und der erste Streiktag für die meisten Beteiligten überhaupt, 1990 hatten sie einmal für die Verbesserung ihrer Ausbildung die Arbeit niedergelegt.

Im Rahmen einer flexiblen Streiktaktik beteiligten sich bis zu 2500 Beschäftigte pro Tag am Ausstand. Mit phantasiereichen Aktionen versuchten sie die Öffentlichkeit, ihre Leser, die elektronischen und Printmedien, die ihren Streik totschwiegen, zu gewinnen. Immer wieder besuchten sie von der Zentralredaktion aus die Außenredaktionen, um streikenden Kollegen den Rücken zu stärken oder arbeitende Kollegen für ihre Sache zu gewinnen. Die Streikenden verabredeten sich mit den Kollegen der Nachbarbetriebe zu gemeinsamen Streikversammlungen, Demonstrationen in

die jeweilige Landeshauptstadt oder zu anderen zentralen Orten. Dort, wo der Streik in den Belegschaften große Unterstützung fand, produzierten die Kollegen eigene Flugblätter und interessante Streikzeitungen, die sich auch mit der Entwicklung des Journalismus kritisch auseinandersetzten. Im Internet sind die Stuttgarter Aktivitäten unter www.stuttgarter-streikzeitung.de dokumentiert. In Stuttgart mussten die Streikenden auch auf die Frage von Passanten reagieren, warum die Zeitungen immer wieder Reformen verlangen, die die Bürger belasten, die Redakteure jetzt aber, da sie selbst betroffen seien, auf die Barrikaden gingen.

Besonders erwähnenswert sind noch die Versuche der Technik und der Verlagsangestellten im gleichen Zeitungshaus, den streikenden Redakteuren mit Solidaritätsstreiks, wie in Hannover und Bremen und andernorts geschehen, zu helfen. Auch Zeitungszusteller bewiesen ihre Solidarität, indem sie die trotz Streik produzierten Zeitungen nicht austrugen. Berichtenswert ist auch, dass Redakteure des Weserkurier/Bremer Nachrichten einen Solidaritätsfond gründeten, um diejenigen Freien zu unterstützen, die sich am Streik beteiligten. Jeder Redakteur zahlte einen Tagessatz seines Streikgeldes in den Fonds ein.

Doch insgesamt bemerkte die Bevölkerung wenig vom Streik, denn die Zeitungen erschienen in der Regel weiter. Zeitungen mit weißen Flecken wie z.B. die Frankfurter Rundschau blieben eher die Ausnahme. Statt eigener Berichterstattung mussten die nicht streikenden Ressortleiter vermehrt auf Informationen der Nachrichtenagenturen zurückgreifen (dpa z.B. war mit Haustarifvertrag nicht vom Streik betroffen) oder es kamen schon vorproduzierte Artikel in die Zeitung. Einzig die streikenden Lokalredakteure konnten beweisen, dass sie nicht so leicht zu ersetzen sind. Ihr Ausstand reduzierte den Umfang der Zeitungen erheblich. Doch so leicht wie früher waren die Verleger nicht mehr zu beeindrucken, zumal in der Regel nur regionale Blätter bestreikt wurden und die großen überregionalen Verlagshäuser (Beispiel Springer) ausgespart blieben. In einer Erklärung von 101 Redakteuren des Hamburger Abendblattes (Axel-Springer-Verlag) vom 13.02.4 wurde darauf verwiesen, dass man sich der Tradition des den Mitarbeitern sozial verpflichteten Unternehmensgründers Axel Springer verbunden fühle, weshalb es bislang keine Auseinandersetzungen um Arbeitsbedingungen beim Hamburger Abendblatt gegeben habe. Das Verlegerangebot empfinde man als »Provokation«. Die Redakteure forderten »den Verlag Axel Springer daher auf, mäßigend auf die Arbeitgeberseite einzuwirken, damit zügig ein akzeptables Angebot vorgelegt wird.« Die Redak-

teure der großen Hamburger Zeitschriftenverlage (anderer Tarifverband) wie des Spiegel, des Verlages G+J oder von Bauer verzichteten auf Stellungnahmen. Nur einzelne Journalisten bekundeten ihre Solidarität durch Teilnahme an Kundgebungen.

Insgesamt wird man der Auffassung der beteiligten Gewerkschaftsvorstände, die Tarifeinigung sei »Ausdruck der realen Kräfteverhältnisse« kaum ernsthaft widersprechen können. Allerdings ist vor der Urabstimmung am 3. und 4. März noch eine Kontroverse unter den am Streik aktiv beteiligten Belegschaften ausgebrochen.

Besonders die Kollegen der Saarbrücker Zeitung fordern, diesem Tarifabschluss nicht zuzustimmen. Sie setzen darauf, dass der alte Manteltarifvertrag weiter in der Nachwirkung verbliebe, wenn kein neuer Tarifvertrag zustande käme. Dann bekämen sie weiterhin 100 Prozent Urlaubsgeld und behielten den vollen Urlaubsanspruch. Wenn die Tarifverträge von Druckern und Verlagsangestellten im nächsten Jahr

auslaufen, könnten sich Redakteure, Drucker und Verlagsangestellte mit vereinten Kräften gegen die Verschlechterungen des Manteltarifs wehren. Die zwischenzeitlichen Probleme bei Neueinstellungen, durch Erzwingung neuer Einzelarbeitsverträge seitens des Arbeitgebers, des Fehlens einer Maßregelungsklausel halten sie für beherrschbar. Unterstützt werden sie in dieser Auffassung vom Bereichsleiter Kollektives Arbeitsrecht des ver.di-Bundesvorstands, Helmut Platow.

So bleibt nur zu wünschen, dass sich in der kurzen Zeit noch möglichst viele Aktive in diese Streitfrage einmischen und Verantwortung für die Zukunft der Gewerkschaftsbewegung übernehmen. Hamburg, 01.03.04 ■

Nachtrag: In den inzwischen durchgeführten Urabstimmungen für Tageszeitungsredakteure stimmten 67 Prozent der dju-KollegInnen und 66,1 Prozent der djv-KollegInnen für die Annahme des ausgehandelten Kompromisses.

■ VORGEZOGENE BÜRGERSCHAFTSWAHL IN HAMBURG

Absolute CDU-Mehrheit durch Arbeiterstimmen

30,5% für die SPD in Hamburg – erdrutschartiger geht's kaum noch, 47,2% für die CDU und damit die absolute Mehrheit in der Bürgerschaft. Bei der letzten Wahl vor 2 1/2 Jahren lagen dieselben Parteien doch noch bei 36,5% (SPD) und 26,2% (CDU). Für beide ein Spitzenwert: nach dem Krieg lag die SPD nie unter 35% und die CDU nie über 45%.

Und das nach zwei Jahren Schwarz-Schill-Gelb, mit deren Amtsführung nach Umfragen die Mehrheit aller Hamburger unzufrieden war; nachdem der Koalitionsrechtsaußen Schill das bürgerliche Hamburg bundesweit in Verruf gebracht hatte und von Bürgermeister von Beust im Sommer 2003 entlassen wurde; nach einer Bildungspolitik des FDP-Bildungssenators Lange, die nicht nur finanzielles Chaos anrichtete und dazu führte, dass der Konteradmiral a.D. im Dezember seinen Hut nehmen musste.

Die SPD bezahlte trotzdem – Leute, die sie hätten wählen können und die sie mal gewählt haben, also die Beschäftigten und sozial Schwachen, liefen in Scharen zur CDU über. Die taz (2.3.04) zitiert eine Hausfrau aus Wilhelmsburg, einem der sozialen Brennpunkte Hamburgs: »Auch wenn die CDU eine Arbeitgeber-Partei ist, ist es immer noch besser, Unternehmer zu stärken als Schmarotzer, die nicht arbeiten wollen.«

Keine Frage, dass die Politik der Bundesregierung den Ausschlag gegeben hat für das miserable Abschneiden der Sozialdemokraten. Die SPD gilt mittlerweile als die Partei der sozialen Kälte. Weil die WählerInnen mehrheitlich weder eine soziale Alternative zur SPD noch erst recht nicht zum Stimmzettel sehen, suchen sie Schutz bei der CDU, die zusätzlich die Proteststimmen der Schill-Partei erntete, die sich selbst zerstörte (Schill bekam 2001 19,4%, diesmal noch

Der Beginn des Wahljahrs 2004...



Jetzt geht's los

3,1%). Bestätigt wird das indirekt vom designierten SPD-Parteivorsitzenden Müntefering: »Ole von Beust hat von den Hamburgern ein Dankeschön dafür bekommen, dass er Ronald Schill 'rausgeworfen hat. Offensichtlich wurde vergessen, dass er ihn vorher 'reingeholt hatte.« (Die Welt, 1.3.2004) In die Regierung »reingeholt«, das stimmt – in die Bürgerschaft aber kam er 2001, weil die Hamburger Sozialdemokraten abgewirtschaftet hatten.

Die Widersprüchlichkeit im Wahlverhalten verdeutlicht ein bemerkenswertes Ergebnis: Dem gleichzeitig stattfindenden Volksentscheid gegen die Privatisierung der städtischen Krankenhäuser stimmten 77% zu, obwohl die Privatisierung nach wie vor erklärtes Ziel der CDU ist. Die Mehrheit der BürgerInnen ist demnach gegen die Privatisierung, stimmt gegen die SPD, die sich in Hamburg gegen die Kranken-

hausprivatisierung ausgesprochen hat, und wählt die CDU, die die Krankenhäuser verkaufen will. Der CDU gelang es diese Orientierungslosigkeit in ihrer Wahlwerbung, die wie immer in Hamburg von der Springer-Presse massiv unterstützt wurde, zu nutzen. Statt auf Programm und Inhalte setzte sie nach dem Motto »Männer machen Geschichte« auf den Kopf des Bürgermeisters, seine Profilierung durch den Rauswurf Schills: »Michel, Alster, Ole«. Franz Müntefering, eben zum SPD-Vorsitzenden designiert, versuchte zwei Wochen vor der Wahl diesen Populismus nicht minder populistisch, aber vergeblich zu kontern: »Wer nur ein Gesicht will, soll Ole von Beust wählen, wer einen Kopf will, Mirow.« Inhaltlich hatte die SPD dem wenig entgegenzusetzen, die Versicherung Mirows »Kein Verkauf der Krankenhäuser« signalisierte nicht mehr als Unterstützung des Volksbegehrens. Dass das Volksbegehren nicht einmal bindend ist für den Senat, sondern nur eine erneute Beschlussfassung erforderlich macht, wurde ebenso wenig angesprochen, wie die Tatsache, dass darin lediglich für den Verbleib von 51 % der Besitzanteile bei der Hansestadt votiert wurde. Bei allen sozialen Fragen – Arbeitsplätze und Löhne, Renten, Bildung und Ausbildung, Kitas, Drogenhilfe – hielt sich die Hamburger SPD auch mit Rücksicht und unter dem Druck der Bundesspitze ihrer Partei auffallend zurück. So entschieden sich die Wählenden mehrheitlich für von Beust und mit ihm für die CDU. Außer SPD und Grüne/GAL blieben alle anderen Parteien auf der Strecke.

Viele ehemalige SPD-WählerInnen gingen nicht mehr zur Wahl, und zwar in einem größeren Ausmaß, als der Rückgang der Wahlbeteiligung von 71% auf 68,7% aussagt. Auffallend war die unterschiedliche Wahlbeteiligung in den einzelnen Stadtteilen: Während in den Vierteln der Wohlhabenden die Wahlbeteiligung überdurchschnittlich hoch war, zum Teil über 80%, war das in sozial schwachen Stadtteilen umgekehrt: Im Arbeiterstadtteil Harburg lag die Beteiligung nur noch bei 55,5%, anderswo noch niedriger. In St. Georg, traditionell eine Hochburg von SPD und GAL, gaben nur 50,6% der Wahlberechtigten ihre Stimme ab, mit der Folge, dass die CDU mit einem Anstieg von 15,7% bei der Wahl 2001 auf 31% ihren Anteil verdoppeln konnte. Selbst die GAL zog hier erstmals an der SPD vorbei: GAL 28,9%, SPD 28,9%. Während das Bürgertum seine Chance sah und nutzte und fast geschlossen CDU wählte (die FDP fiel weit von 5,1% auf 2,8% ab), blieb ein Großteil der Beschäftigten und Unbeschäftigten entweder der Wahl fern oder verpasste den Wahlzettel.

»Regenbogen« – eine linke Alternative?

Hatte das aus verschiedenen Gruppen (von Ex-Galiern bis PDS) zusammengesetzte Wahlbündnis 2001 noch bescheidene 1,7% erzielt, so verlor es diesmal 4000 Stimmen und landete bei 1,1%.

Ein Grund für diesen Rückgang ist darin zu sehen, dass ein Teil der damaligen WählerInnen zur GAL zurück ging, weniger aus Überzeugung, aber in der Hoffnung, vielleicht doch noch Rot-Grün zu ermöglichen. Die Medien hatten in den letzten Wochen vor der Wahl mit ihren Prognosen die Illusion genährt, es gebe ein Kopf-an-Kopf-Rennen und es komme deshalb auf jede Stimme an. Bei Regenbogen handelt es sich überwiegend um Leute aus dem sozialen Spektrum, aus verschiedensten Initiativen von Frauenprojekten bis zu Drogenhilfeeinrichtungen, deren Finanzen unter Schwarz-

Schill-Gelb rabiat gekürzt worden sind. Viele ihrer Mitglieder und UnterstützerInnen wählten nun wieder GAL, weil unter Rot-Grün ihre Projekte besser finanziert worden waren. Die Entscheidung, deshalb nicht Regenbogen zu wählen, zeigt, wie viele dieser WählerInnen noch wahltagfixiert sind und glauben, mit dem Stimmzettel könne man Politik machen. Diesen Glauben teilen sie durchaus mit vielen VertreterInnen von Regenbogen.

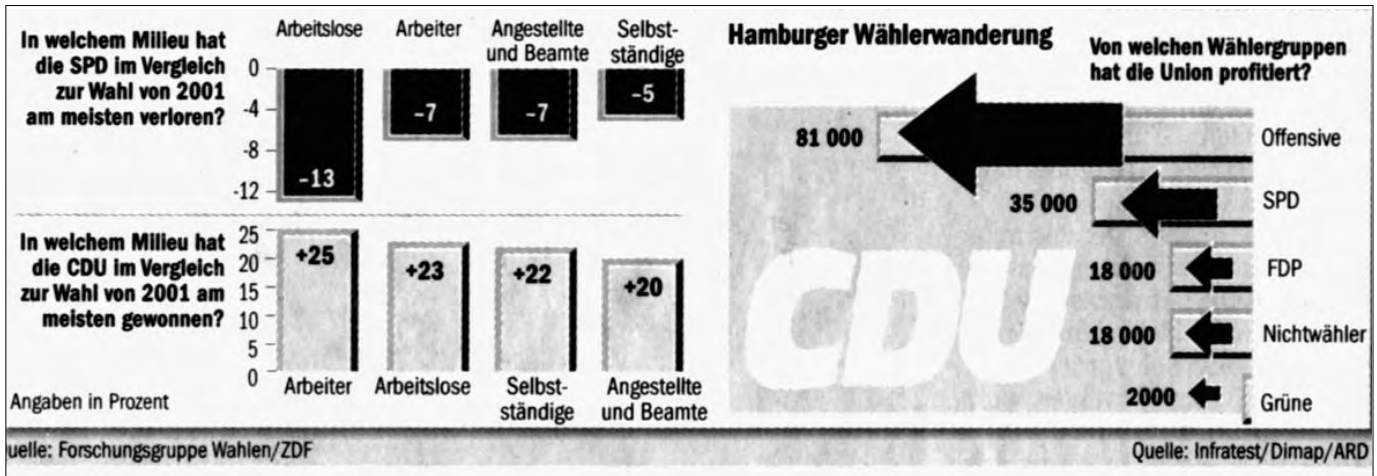
Insgesamt bleibt festzuhalten, dass der Wählerkreis von Regenbogen in etwa die 10–15.000 Menschen umfasst, die auch ansprechbar sind für Demonstrationen z.B. gegen den Sozialabbau. Es war dem Wahlbündnis nicht möglich, irgendwelchen Einfluss über dieses Spektrum hinaus zu erzielen, auch wenn vielfach berichtet wurde, dass die Tische der Regenbogen-Wahlwerbenden von Passanten durchweg positiv wahrgenommen wurden. Bei gewerkschaftlich organisierten KollegInnen bemühten sich die Regenbogen-Aktiven – anders als noch vor 2 ½ Jahren – verstärkt um Unterstützung; Resonanz fanden sie aber, wie beispielsweise auf einer im Gewerkschaftshaus abgehaltenen Versammlung, nur bei KollegInnen, zu denen sie aufgrund gemeinsamer Aktivitäten eh' schon Kontakte hatten. Es gibt zurzeit keine gesellschaftliche Bewegung, die Grundlage einer linken Partei oder eines linken Wahlbündnisses sein könnte. Diese objektive Beschränkung aufzuheben, bedarf es politischer Tätigkeit in sozialen Zusammenhängen unabhängig von Wahltagen.

SPD

Bei seiner Wahl zum 1. Bürgermeister Hamburgs 2001 hatte Ole von Beust die Frage der »Welt«, wie er im Falle eines Scheiterns seiner Koalition mit Schill die Chancen der SPD auf Rückkehr an die Macht in Hamburg einschätze, mit »Nie wieder« beantwortet. Auch wenn seiner an die Wähler gerichteten Antwort keine politische Begründung folgte, muss sie hinterfragt werden: Welche Möglichkeiten bleiben der SPD bei Fortschreiten der wirtschaftlichen und in ihrer Folge sozialen Krise? Wenn sie die Interessen ihrer bisherigen Wähler weiterhin wahrnehmen wollte, müsste sie mit ihrem Grundsatzprogramm brechen und zum Widerstand aufrufen gegen die herrschende (Un-)Ordnung. Dazu ist sie weder von ihrer Geschichte her noch mit ihren derzeitigen Führungsgremien in der Lage, deshalb ihre Beschränkung auf Bemühungen um kleinbürgerliche und Mittelschichten. Dass das auch für eine SPD in der Opposition gilt, hat die Hamburg-Wahl deutlich gemacht.

Kurz bevor Günter Gaus, 1974 bis 1981 Ständiger Vertreter der Bundesrepublik in der DDR, anschließend Deutschland- und außenpolitischer Berater des SPD-Vorstandes unter Willy Brandt, die SPD verließ, stellte er im Frühjahr 2003 bei einer Podiumsdiskussion in der Berliner Schaubühne sieben Thesen auf, worin er u.a. erklärte: »Der jetzige gesellschaftliche Wandel mag unausweichlich sein, aber er sollte in seinen Konsequenzen als Konterrevolution erkannt und bedacht werden.« Und: »Die Eigentumsfrage – als verfassungsrechtliche Frage der sozialen Verpflichtung von Eigentum – wird trotz aller schlechten Erfahrung mit dem Verhalten der Menschen gegenüber gesellschaftlichem Eigentum im real existierenden Sozialismus noch einmal aufgeworfen werden müssen.« Soweit uns bekannt, sind diese Thesen seitens des SPD-Vorstandes bisher nicht beantwortet worden.

Hamburg, 15.3.04 ■



»Ein Beispiel dafür, wie parteipolitisch ungebunden und mobil...«*

Die Wählerbewegungen

Die Voraussetzungen: Es gab 1.217.500 Wahlberechtigte, davon sind rund 834.680 (68,7 Prozent) zur Wahl gegangen. Von diesen Wahlberechtigten waren rund 395.000 (32 Prozent) älter als 60 Jahre. Von diesen Alten waren knapp 234.000 (59 Prozent) Frauen, von den Wahlberechtigten insgesamt sind 53 Prozent Frauen.

Etwa 690.000 Wahlberechtigte (56 Prozent) sind erwerbstätig, die meisten als Angestellte (444.000 oder 36 Prozent). Dagegen sind nur noch 107.000 Wahlberechtigte als Arbeiter beschäftigt (9 Prozent), dazu kommen 41.000 (3 Prozent) Beamte und 96.000 (8 Prozent) Selbstständige. Eine Vergleichszahl: Im DGB Hamburg sind rund 204.500 Menschen organisiert.

Die Verschiebungen: Eine zahlenmäßig große Verschiebung hin zum bürgerlichen Lager (CDU, FDP, Schill, ProDM, Offensive) hat es diesmal nicht gegeben: Vor 2 1/2 Jahren banden diese Parteien 433.174 Wähler, diesmal waren es 7.667 mehr (440.841). Wenn man die GAL als kleinbürgerliche Partei zum bürgerlichen Lager zählt, wird es deutlicher: Dann haben diesmal 36.126 Wähler mehr diesem Lager die Stimme gegeben. Wird dieses Lager nach Parteien zergliedert, gibt es allerdings erhebliche Verschiebungen innerhalb dieses Lagers von den Rechtsparteien hin zur CDU.

Die CDU als die Siegerpartei dieser Wahl hat innerhalb des bürgerlichen Lagers den rechtspopulistischen Rand (81.000 Wähler wechselten von der Schill-Offensive zur CDU) gebunden. War Schill mit seiner Anhängerschaft vor 2 1/2 Jahren noch der Steigbügelhalter für die CDU, hat er sich inzwischen vor der hamburgischen Kaufmannschaft und sicher auch bei vielen Kleinbürgern unmöglich gemacht.

Gleichzeitig gewann Ole von Beust an Ansehen durch »Nicht-Politik«. Er hielt sich von allen sozialen Problemen, die in den letzten Jahren an Brisanz zunahmen, fern. Ob Kita-Plätze, Drogenprobleme, Berufsschulen und Bildungspolitik oder die Privatisierung der Krankenhäuser – überall ließ er die Senatoren die »Drecksarbeit« machen, d.h. die Bevölke-

rung nahm ihn als Verantwortlichen für die Senatspolitik nicht wahr. Erst als der Koalitionspartner Schill ihn persönlich angriff, war von Beust der ehrwürdige Hanseat mit Entscheidungsstärke und »fester Hand« Das kam an und wurde von der Springer-Presse gepusht – trotz der fortgeschriebenen autoritären Sparpolitik in Hamburg.

In parlamentarischer Konkurrenz dazu steht die SPD, die den abhängig Beschäftigten historisch noch am nächsten steht: Sie hat zwischen 35.000 und 37.000 Wähler an die CDU verloren. Nach sozialen Milieus gegliedert, hat die SPD bei den Arbeitslosen 13 %, bei den Arbeitern 7 % verloren, während die CDU bei den Arbeitern 25 % und bei den Arbeitslosen 23 % gewonnen hat. Hier ist die – gerade in Hamburg wegen des historisch gefestigten Milieus – Hürde zum bürgerlichen Lager, zu den »Pfeffersäcken« überschritten worden. Dennoch sind die Verluste der SPD in den armen Stadtteilen – bei niedriger Wahlbeteiligung – deutlich geringer als in anderen Stadtteilen, was auch heißt, dass ihre ehemaligen »Hochburgen« innerhalb des Gesamttrends noch relativ stabil geblieben sind. Die CDU hat in den reichen Stadtteilen deutlich gewonnen – bei hoher Wahlbeteiligung: Die Bürgerlichen haben sich ihrem Klasseninteresse entsprechend verhalten.

Warum wählen die zunehmend belasteten Menschen dennoch verstärkt CDU, in Hamburg stärker als je zuvor, fragen sich viele. Es geht um die ärmeren Schichten, vielfach traditionell an die Sozialdemokratie gebunden. Sie sind ohne langfristige Perspektive, arbeitsplatzgefährdet, einkommensgefährdet, ohne Perspektive für die Jüngeren. Inzwischen machen sich die ersten Auswirkungen des Programms »Agenda 2010« in den einzelnen Familien bemerkbar – und für dieses Programm wird die SPD verantwortlich gemacht. Viele dieser Menschen wollten nicht mehr SPD wählen. Schill hatte abgewirtschaftet, da blieb nur der positiv herausgestellte von Beust. Die Hürde, das Kreuz bei den »Pfeffersäcken« zu machen, war für sie kleiner, als die Hürde, mit ihrer Hoffnung auf die parlamentarische Stellvertreter-Politik zu brechen. Eine Organisation, die das zu ihrem erklärten Ziel macht, steht nicht zur Verfügung, ist aber auf Dauer der einzige Ausweg.

*) Statistisches Landesamt, Wahlanalyse. Alle verwendeten Zahlen ebenfalls aus der offiziellen Wahlanalyse.

Beust-Schill-Regierung nach zwei Jahren am Ende

44 Jahre SPD-Senat in Hamburg. Wahlergebnisse, die in den ersten Jahrzehnten nach dem Krieg denen der CSU in Bayern glichen. Als die Sozialdemokraten 2001 auf 36,5 Prozent absackten, glaubten die führenden Genossen nur an einen Betriebsunfall. Wie sonst konnte eine ehemalige sozialdemokratische Hochburg mit Konsumgenossenschaften, Volksfürsorge und Neuer Heimat einen solchen Abstieg erfahren?

Der so genannte »sozialdemokratische Filz«, der sich seit 1948 kontinuierlich mit dem Wiederaufbau der zerstörten Stadt entwickelte, war der Dämmstoff, wirtschaftliche und politische Störungen abzufedern oder ihre Auswirkungen im Keim zu ersticken. Der »dritte Weg« zwischen den Systemen schien den Sozialdemokraten Recht zu geben, jedenfalls zur Zeit wirtschaftlicher Hochkonjunktur.

Die ehemaligen Bürgermeister Dohnanyi und Voscherau passten aufgrund ihrer Herkunft und der Art ihres Auftretens am besten zum hanseatischen Bürgertum, das sich in Handelskammer, Kaufmannschaft und Industrie repräsentierte. Die Verbindung von SPD-Senat und »Geld« vermittelte den Eindruck, die Klassegegensätze seien überwunden. Das Lebensgefühl, das sich seit den fünfziger Jahren entwickelte, hatte in vielfach gut verdienenden Arbeitern seine materielle Basis. Mit dem Erreichen kleinbürgerlicher Lebensverhältnisse, auch mit Hilfe von Kontakten in Partei, Gewerkschaften, öffentlichen, gemeinnützigen und genossenschaftlichen Unternehmen, entstand ein »sozialdemokratisches Milieu« und damit ein Sicherheitsgefühl, das scheinbar durch nichts aus dem Gleichgewicht zu bringen war. Aufgestiegen in bürgerliche und Mittelschichten durch berufliche Fortbildung mit Arbeitergroschen der Arbeitsämter, bildeten die SPD-Stammwähler über Jahrzehnte den Sockel beständiger, verlässlicher und sozialdemokratischer Senatspolitik.

Enttäuschung über die zunehmenden, überall spürbaren wirtschaftlichen Sorgen, Perspektivverlust vor allem für Jugendliche, Anstieg von Kriminalität und Drogenszene waren die Essenzen, die nicht nur das Kleinbürgertum, sondern auch viele Wähler aus der arbeitenden Bevölkerung bei der Wahl 2001 von der SPD weg zu Schill und Konsorten trieb, obwohl SPD-Innensenator Scholz mit populistischen Maßnahmen gegen die Drogendealer um den Hamburger Hauptbahnhof noch in letzter Minute versucht hatte, das Ruder herumzuwerfen und sich als »Saubermann« des damaligen SPD-Senats unter Ortwin Runde zu präsentieren.

»Betriebsunfall«

Der CDU-FDP-Schill-Senat sollte aus Sicht der SPD-Parteistrategen – sie selbst sprachen von Denkmittelwahl – nur von kurzer Dauer sein und wurde zu einer hässlichen Episode heruntergespielt. Auf eine längere Oppositionszeit und -arbeit, auf mehr als einen kleinen »Betriebsunfall« hatten sie sich nicht eingestellt. Aber schon nach kurzer Zeit mussten sie ihren Fraktionsführer Uwe Grund (ver.di-Funktionär) wegen Mängeln in der Oppositionsführung gegen den Genossen Walter Zuckerer auswechseln. Mit wenig Erfolg: Wer im Wahlkampf nach dem vorzeitigen Ende der von-

Beust-Schill-Regierung oppositionelle Alternativen erwartete, eine kämpferisch auftretende sozialdemokratische Partei, sah sich enttäuscht.

Drogenprobleme

Der Von-Beust-Senat hatte mit Schill als Innensenator in wenigen Wochen den Hauptbahnhof von Drogenabhängigen leer gefegt, mit Polizei und klassischer Musik über Lautsprecher. Die Drogenabhängigen wurden in andere Stadtteile, zum Beispiel ins Schanzenviertel, abgedrängt. Alkoholiker dagegen werden nach wie vor unter Polizeiaufsicht am Bahnhof geduldet. Der Brechmitteleinsatz, eingeführt noch von der SPD durch Olaf Scholz, führte unter Schill zum Tode eines angeblichen Dealers. Einen spürbaren Rückgang im Drogenhandel bewirkte die wegen ihrer Brutalität in der Öffentlichkeit umstrittene Maßnahme nicht. Zum Jahresende 2003 wurde der »Fixstern« im Schanzenviertel, eine der Hilfseinrichtungen zur Beratung und Betreuung Drogenabhängiger mit Rettungs- und Druckraum zum Wechseln und Säubern von Spritzen, geschlossen. Die Besetzung der Einrichtung mit dem Ziel, sie weiterzuführen und mit Unterstützung aus der Bevölkerung auch die 29 Kündigungen von Beschäftigten rückgängig zu machen, wurde mit der polizeilichen Räumung beendet.

Die Arbeitslosigkeit

In Hamburg stieg seit der Wahl 2001 von etwa 70.000 auf 85.000. Der Beust-Schill-Senat kürzte gleich zu Beginn seiner Amtszeit die Arbeitsmarktförderung um 23 Millionen Euro. Die ABM-Stellen – ohnehin nur Ersatzarbeitsplätze für kurze Zeit, die statistisch die Arbeitslosenzahlen mindern – wurden rigoros zusammengestrichen. Auch der öffentlich geförderte Beschäftigungssektor, zuständig Arbeits- und Sozialsenatorin Schnieder-Jastram, mit Mittagstischen für Senioren war von Kürzungen und Schließungen betroffen. Die kostenlose Fahrkarte des HVV für Sozialhilfeabhängige fiel dem Rotstift zum Opfer, obwohl dadurch die viel beschworene Flexibilität der Arbeitsplatzsuchenden erheblich eingeschränkt wurde.

Diese rigiden Maßnahmen im Zusammenwirken mit den so genannten rotgrünen Reformvorhaben (Hartz, Agenda 2010, Gesundheit) erzeugten in Hamburg eine erste Demonstrationswelle (vgl. Arpo Nr. 1/2002), an der, anders als in der Vergangenheit, sich verstärkt Betroffene und Beschäftigte aus dem öffentlichen Dienst beteiligten. Die Proteste offenbarten in Zusammensetzung, Auftreten und Flaggezeigen der DemonstrantInnen unerwartetes Engagement.

Bildungsdiesaster

Breiten Protest lösten die Kürzungen im Bildungsbereich aus (siehe Arpo 3 und 4/2003). Eltern, Schüler und Lehrer wehrten sich – teilweise mit gemeinsamen Aktionen – sowohl gegen das neue Mehrarbeitszeitmodell für Lehrer mit einem Kürzungsvolumen von 1000 Lehrerstellen, als auch gegen die geplante Teilprivatisierung der Berufsschulen und gegen die Umsetzung des Kita-Gutscheinsystems. Dabei brachte das »ungeschickte« Vorgehen des FDP-Bildungssenators Lange das Fass zum Überlaufen. Als ehemaliger Konteradmiral der Marine und Leiter der Hamburger Führungsakademie der Bundeswehr dem Führungsstil: »Ich befehle, ihr habt zu gehorchen!« verpflichtet, verletzte er ein Prinzip, mit dem der rot/grüne Senat letztendlich immer wieder Ruhe herge-

stellt hatte: Personalräte und Gewerkschaftsvertreter wurden nicht mehr durch Mitbestimmung und Gestaltung an den Kürzungen beteiligt, sondern kaltgestellt. »Beraten« ließ sich Senator Lange viel lieber von der Handelskammer und von der Unternehmensberatungsgesellschaft »Putz und Partner«. Begleitet wurde seine Karriere durch horrende Lügengeschichten, die einem Baron Münchenhausen zur Ehre gereicht hätten. So versprach er zu Beginn seiner Amtszeit allen guten Gymnasialschülern einen kostenlosen Aufenthalt in den USA, den Lehrern keine Erhöhung ihrer Pflichtstunden und allen Kindern in Hamburg einen Kindertagesheimplatz, dazu die flächendeckende Umwandlung aller Gymnasien in Ganztagschulen. In der Realität zerplatzten die Versprechen angesichts fehlender Haushaltsmittel wie Seifenblasen. Den größten Unmut in der Öffentlichkeit erregte die Kita-Lüge, denn sehr bald wurde deutlich, dass arbeitslose und arbeitssuchende Eltern nun gar keinen Anspruch auf einen Kita-Platz mehr hatten, Mütter und Väter in Teilzeit Betreuungszeiten für viel Geld dazu kaufen mussten, wenn ihr Kind länger als vier Stunden im Kindergarten sein sollte und bald auch Tausende von berufstätigen Eltern in den Warteschlangen standen. Als sich dann noch herausstellte, dass die Behörde für Bildung und Sport sich bei der Finanzierung der Kita-Gutscheine um circa 40 Millionen Euro »verrechnet« hatte und dieses Minus angeblich Senator Lange seit längerem bekannt war, zog der Senat die Notbremse und »lobte« ihn aus dem Amt in den »verdienten« Ruhestand, auch um ein völliges Abwirtschaften des Koalitionspartners FDP zu verhindern.

Lange räumte den Sessel für den FDP-Gymnasiallehrer R. Soltau, von dessen pädagogischem Insider-Wissen sich der Senat ein geschickteres Umgehen mit aufgebracht Schülern, Lehrerkollegen und Eltern erhoffte. Das Lehrerarbeitszeitmodell (AZM) müsse mit den Betroffenen nur besser »kommuniziert« werden, innerhalb des Systems sei man durchaus zu Verschiebungen bereit, aber im Prinzip sei alles gerecht und bleibe wie es ist, so Soltau. Ein runder Tisch wurde eingerichtet, Gewerkschaftsvertreter und Personalräte durften wieder Platz nehmen, mit dem nicht aus der Luft gegriffenen Kalkül, dass die Widersprüche innerhalb der GEW und der Lehrerschaft dann wieder offener zu Tage treten würden.

Unter dem Druck protestierender Eltern und der Öffentlichkeit und mit Blick auf den baldigen Wahltermin wurden Versprechungen auf mehr Kita-Plätze neu aufgelegt: Ab April sollten nunmehr alle berufstätigen Eltern mit drei- bis sechsjährigen Kindern einen Gutschein für eine mindestens 5-stündige Betreuung erhalten, für Krippenkinder aber nicht. Eine Alternative hatte die SPD nicht anzubieten.

Der Volksentscheid »Gesundheit ist keine Ware«

zur Privatisierung des Landesbetriebs Krankenhäuser (LBK), der von über 110.000 Unterstützern erzwungen wurde, fand gleichzeitig mit der Bürgerschaftswahl statt. Die Ablehnung der Privatisierung der öffentlichen Hamburger Krankenhäuser durch die Wähler hat allerdings für die Regierung keine bindende Wirkung. Kaum thematisiert wurde die Tatsache, dass das Volksbegehren lediglich gegen die Veräußerung von mehr als 49 % der Krankenhäuser gerichtet war. Auch die SPD und ver.di hatten sich darauf festgelegt. Das überall plakatierte »Gesundheit ist keine Ware« war nicht mehr als ein Slogan. Nicht zu vergessen, dass der SPD-Senat 1997

gegen heftigen Widerstand von MitarbeiterInnen, KollegInnen und der Bevölkerung von St. Pauli das Hafenkrankehaus dicht gemacht hatte.

Veräußerung öffentlichen Eigentums

Was bei der Diskussion gegen den LBK-Verkauf verschwiegen und auch von den Gewerkschaften nicht bekannt gemacht wurde, ist die Tatsache, dass schon im großen Umfang Verkauf, Teilprivatisierung und Ausgliederung öffentlichen Eigentums stattgefunden hat und weiter im Gange ist. Der Flughafen wurde zu 49 Prozent verkauft, HEW, Wasserwerke und Schulgebäude stehen auf dem Verkaufszettel. Strom- und Hafenausbau, ein traditionsreiches öffentliches Unternehmen der Hansestadt, dem schon seit Jahren u.a. holländische Unternehmen beim Ausbaggern des Hafens helfen, sollte schon Mitte des Jahres veräußert werden - der Termin ist nun auf den 1. Januar 2005 verschoben. Bei der HHLA (Hamburger Hafen- und Lagerhausgesellschaft) wurden in den letzten Monaten Werkstätten ausgelagert. Dem bisherigen Personal ist noch bis 2012 "Besitzstandswahrung" garantiert. Neueingestellte erhalten geringere Löhne, weniger Urlaubs- und Weihnachtsgeld. Gut und schlecht entlohnte Mitarbeiter verrichten die gleichen Arbeiten Schulter an Schulter, mit dem zusätzlichen Risiko, dass ihr arbeitsrechtlicher Stand gegen Null tendiert. Ausgliederungen von Betriebsteilen im öffentlichen Dienst wurden beim Reinigungs- und Küchenpersonal von Kindergärten und Krankenhäusern vorgenommen

Warum trotzdem CDU?

Das Wahlergebnis scheint im Widerspruch zu diesen Tatsachen und dem Unwillen der Mehrheit Hamburger Bürger darüber zu stehen. Dass die CDU trotzdem mit absoluter Mehrheit in die neu gewählte Bürgerschaft einzieht (5 Abgeordnete mehr als SPD und GAL/ Grüne zusammen), wird erklärbar, weil

1. von der Mehrheit der WählerInnen für die sozialen Härten und politischen Fehlentscheidungen der gescheiterten Regierung die Schill-Partei und die FDP mit ihrem Bildungssenator Lange verantwortlich gemacht wurden,

2. Ole von Beust, nachdem er sich Schills entledigt hatte, die Kompetenz für die Führung eines neuen Senats "ohne Fußfesseln" zugetraut wurde,

3. die SPD als Oppositionspartei ohne Antwort auf die sozialen Nöte blieb, sonder sie mit ihrer Regierungspolitik auf Bundesebene noch vergrößerte. Hamburg, 20.03.04 ■

SPD-Kandidat Mirow in Harburg

Plakatiert war der Abend am 3. Februar als Veranstaltung zur Bildung, Veranstaltungsort der Rieckhof, ein lokales Veranstaltungszentrum. Eingeladen hatte eine SPD-nahe Elternvereinigung, besonderes Interesse fand sie wegen der Schulprobleme in Hamburg bei Lehrkräften. Gekommen waren ungefähr 90 Leute, davon etwa ein Drittel SPD-Mitglieder.

Vor dem Rieckhof hatten sich einige Lehrer mit einem Transparent aufgebaut, auf dem Protest gegen das von der zurückgetretenen Regierung verabschiedete Lehrerarbeitszeitmodell ausgedrückt wurde, abgekürzt »AZM«. Als Mirow eintraf, gab er jovial jedem die Hand und erkundigte

sich, was denn »AZM« bedeute. Später im Saal stellte sich heraus, dass er – wie seine CDU und FDP-Kontrahenten bei der Wahl – für das AZM ist.

Obwohl »Bildung« das Thema der Abends war, betonte Mirow wiederholt, er sei kein Experte auf dem Gebiet – im Zweifelsfall müssten seine »Experten« Auskunft geben.

Einführend erzählte er zunächst von seiner Bildungslaufbahn als Diplomatenkind. Er habe viel Glück gehabt und das wünsche er auch den heutigen Kindern. Die SPD wolle in Hamburg wieder »Chancengleichheit« herstellen bzw. »Chancengerechtigkeit« – der Unterschied sei ja nur akademisch. Als ob er nicht wüsste: »Chancengleichheit« ist ein alter Reformbegriff der SPD; »Chancengerechtigkeit« wurde zum Gegenbegriff der CDU/CSU zur Zeit von Strauß in den 80er Jahren und meint, dass jeder das werden soll, wozu seine Intelligenz reicht, und die reiche halt häufig nicht all zu weit; deshalb Ausbau des dreigliedrigen Schulsystems an Stelle der Gesamtschulen.

Mirow tat so, als ob die CDU/FDP/Schill-Regierung schon 10 bis 15 Jahre regiere und nicht erst zwei, um zu verdecken, dass ein Großteil der Entwicklung, die er beklagte, unter SPD-geführten Regierungen – in denen er Senator war – eingeleitet wurde. Darauf angesprochen reagierte er mit Empörung – beklatscht von den SPD-Mitgliedern im Saal: Wie denn jemand behaupten könne, die SPD sei auch nicht besser als die jetzige Regierung.

Er redete viel von »Deutschland«, vom »internationalen Wettbewerb«, vor allem von »unseren Kindern«, als wolle er eine Kanzler-Imitation geben, über den Parteiinteressen stehend und immer das Wohl aller im Blick. So war er zu Beginn der Diskussion in seinem Element, als Fragen zu den Kitas kamen und er es leicht hatte, Verbesserungen zu ver-

sprechen, da das Chaos dort bekanntlich so groß ist, dass selbst die CDU durchgreifen will. Allerdings tat er so, als sei die Ausweitung eines Kita-Platz-Anspruchs von vier auf fünf Stunden pro Tag für Halbtagsberufstätige schon die Lösung aller Probleme. Immerhin konnte er hier etwas anbieten.

Schwieriger wurde es für ihn, als die Sprache auf die Schule kam und sich auch Lehrkräfte zu Wort meldeten. Schnell wechselte er die Taktik und versuchte Elterninteressen gegen die Arbeitsplatzinteressen der KollegInnen auszuspielen. Motto: Mir geht es um das Wohl unserer Kinder, ich mache keinen Wahlkampf für Einzelinteressen – Argumente, wie die des abgehalfterten FDP-Schulsenators Lange. Kaum hörte er das Wort »Gewerkschaft«, hakte er mit »aha!« ein, wie um anzudeuten: Aus der Ecke weht der Wind, das können wir nicht gebrauchen.

Je länger der Abend dauerte, desto deutlicher wurde, dass Mirow sich als Kandidat »aller Hamburger« darstellte, keinesfalls als Sozialdemokrat, der zumindest versucht auf einige der sich häufenden sozialen Fragen und die Verschlechterung der Lebensbedingungen von immer mehr Menschen einzugehen – und das im Arbeiterstadtteil Harburg. Auffallend dagegen seine Wortwahl, die seine berufliche Herkunft als Unternehmensberater verriet: »Standort«, »Wettbewerb«, »ein klug geführtes Unternehmen« – wie auf einer Veranstaltung der Handelskammer.

Wie will eine sozialdemokratische Partei Wähler mobilisieren, wenn sie nicht einmal mehr in der Lage ist, das real existierende soziale Unrecht zumindest anzusprechen und stattdessen Arbeitnehmerprobleme als Sonderinteressen, Gewerkschaftsvertreter als Egoisten diskriminiert?

HH, 3.03.04 ■

■ DIE BISHERIGEN AKTIONEN IN NORDHESSEN. EIN BERICHT AUS KASSEL

Protest und Widerstand gegen den Sozialabbau

Nachdem am 24. Mai 2003 ca. 6.000 Kolleginnen und Kollegen aus ganz Hessen in Kassel gegen die Agenda 2010 protestiert hatten, schien die von DGB-Chef Sommer verkündete »Sommerpause« zu greifen. Dies änderte sich mit der am 2. September vom hessischen Ministerpräsidenten Roland Koch verkündeten »Operation Sichere Zukunft«. Im Landeshaushalt 2004 soll bei einem Umfang von ca. 17 Mrd. Euro eine Milliarde Euro eingespart werden.

Dies soll geschehen u.a. durch die Zusammenlegung von Behörden, durch die 5.000 Stellen wegfallen, wobei betriebsbedingte Kündigungen nicht ausgeschlossen werden. Bei den hessischen Beamten sollen 4.750 Planstellen wegfallen, die Arbeitszeit wird von 38,5 auf 42 Wochenstunden verlängert, bei gleichzeitigen Kürzungen von Weihnachts- und Urlaubsgeld. Die Beamten sollen dabei Vorreiter für den gesamten öffentlichen Dienst in Hessen spielen. Hessen will aus der Tarifgemeinschaft der Länder austreten und mit ver.di neue »Haus«-Tarife verhandeln. Schließlich werden Subventionen und freiwillige Leistungen des Landes für soziale Einrichtungen wie Schuldnerberatungen, Erziehungsberatungen, Frauen-häuser und Drogenberatungen gestrichen, was vielen dieser Einrichtungen das Genick brechen wird.

Gleichzeitig pflegt die hessische Landesregierung einen Stil, der bei großen Teilen der Bevölkerung Empörung auslöst, weil er sie an feudale Verhältnisse erinnert. So feierte Koch mit seinen Freunden aus Wirtschaft und Finanz einige Tage nach Verkündung des Sparpakets ein Fest im Kasseler Bergpark auf Kosten des Steuerzahlers. Polizeischüler mussten Brötchen reichen, es gab ein großes Feuerwerk und Koch erklärte sinngemäß, wenn weiter gespart werde, könne man auch in Zukunft so schöne Feste feiern. Das Jahresgehalt des Fraport-Chefs (Frankfurter Flughafen) wurde mit Kochs Stimme im Aufsichtsrat um 150.000 auf 700.000 Euro erhöht. Schließlich sollte das Land Hessen dem Erbacher Grafen sein Schloss für 13,3 Millionen abkaufen, wobei der Graf und seine Familie mietfrei weiter im Schloss hätten wohnen dürfen. Nachdem der Graf öffentlich erklärt hatte, dies sei der Deal seines Lebens, ruderte die CDU-Landtagsfraktion nach außen hin etwas zurück.

Bereits wenige Tage nach Verkündung der Sparpläne mobilisierten die sozialen Träger in Kassel ca. 500 Menschen zu einer Demonstration. Auf der Abschlusskundgebung beteuerte ein GEW-Vertreter allerdings seine Hoffnung, unter einer Rot-Grünen Landesregierung hätte es solche Maßnahmen nicht gegeben.

Am 17. Oktober demonstrierten ca. 1.000 Schülerinnen und Schüler während der Unterrichtszeit gegen die Sozialabbau-Pläne aus Berlin und Wiesbaden. Aufgerufen hatte das von der SAV dominierte »Jugendbündnis gegen Sozialkahl-schlag«.

Bereits am 16. September hatte sich unter Beteiligung der nordhessischen DGB-Vorsitzenden ein »Bündnis gegen Sozialabbau« getroffen, an dem Kolleginnen und Kollegen aus IG Metall, ver.di, IG Bau und GEW neben Organisationen wie Attac, PDS, SAV und MLPD teilnahmen. Dieses Bündnis mobilisierte zu dem regionalen Aktionstag gegen die Agenda 2010 am 20. Oktober und zur zentralen Demonstration am 1. November in Berlin. Am 20. 10. konnten ca. 500 bis 600 Menschen mobilisiert werden, wobei wenige Gewerkschaftsfahnen und Transparente zu sehen waren. Im Aufrufflugblatt fehlte jeder Bezug zu den hessischen Sparmaßnahmen ebenso wie die Unterschrift der einzelnen Gewerkschaften. Bis wenige Tage vor dem 1. November waren von Kassel aus zwei Busse für Berlin geplant. Im letzten Moment kamen sechs weitere Busse dazu, was vor allen Dingen an einer starken Teilnahme junger IG-Metaller aus dem VW-Werk lag.

Der 1. November mit seinen 100.000 Demonstranten bewirkte auch bei den nordhessischen Lehrern einen Stimmungsumschwung. GdP, GEW und ver.di hatten für den 18. November zu einer Arbeitsniederlegung und Demonstration in Wiesbaden aufgerufen. Auf der Vertrauensleute- und Personalrätekonferenz am 8. Oktober in Frankfurt waren die südhessischen Kollegen für diese Aktion entflammt, während die Stimmung in den nordhessischen Kollegien mehrheitlich einer Aktion in Kassel zuneigte. Um die Aktion nicht zu spalten, wurde trotzdem nach Wiesbaden mobilisiert, nach dem 1. November mit größerem Erfolg. Schließlich fuhr aus Nordhessen 80 Busse mit ca. 4.000 Menschen, wobei ungefähr ein Viertel der Lehrer die Arbeit niederlegten. Wenn man die Beteiligung von 45.000 Menschen mit einer ähnlichen Aktion in Düsseldorf vergleicht, bei der am 24. September ca. 30 – 40.000 Menschen aus NRW gegen die Sparpläne der SPD Landesregierung protestiert hatten, wurden in Hessen im Verhältnis mehr als drei mal so viele Menschen mobilisiert, da NRW drei mal so viele Einwohner hat. Aus Solidarität mit der Demonstration in Wiesbaden waren 3.500 Beschäftigte des Kasseler VW-Werks vor die Werkstore gegangen.

Nach dem 18. November gab es in Kassel fast täglich Aktionen, zum einen von den Studentinnen und Studenten, die sich gegen die Einführung von Studiengebühren und die weitere Verschlechterung der Studienbedingungen wehrten, zum anderen von Belegschaften, die von den Gewerkschaften zu Aktionen gegen den Ausstieg aus der Tarifautonomie aufriefen. Höhepunkt dieser Aktivitäten war die Mobilisierung für den 9. Dezember. Der nordhessische DGB, insbesondere die IG-Metall und ver.di hatten die Belegschaften zu einer Demonstration während der Arbeitszeit aufgerufen. Unterstützt von ca. 2.000 Studentinnen und Studenten demonstrierten 5.000 bis 7.000 Menschen unter dem Motto: »Tarifverträge verteidigen – soziale Demontage stoppen. Schluss mit der Politik gegen die Menschen - bundesweit und hessenweit«. Es war die größte Demonstration dieser Art seit langer Zeit in Kassel mit seinen ca. 250.000 Einwohnern (inklusive Umland). Die Belegschaften der wichtigsten Kasseler Metallbetriebe wie VW, Daimler-Chrysler, Bombardier, Krauss-Maffei-Wegmann und vielen kleineren und mittel-

ständischen Metallbetrieben hatten ebenso wie die Mitarbeiter des städtischen Klinikums, der Verkehrsbetriebe und des Regierungspräsidiums ihre Arbeit unterbrochen. Der SPD-Bezirkschef Manfred Schaub erklärte sich mit der Demonstration solidarisch. Dazu stellte die nordhessische DGB-Vorsitzende Katharina Seewald klar, man werde die SPD an ihren Taten messen.

Die Aktivitäten in Nordhessen zeigen, in welchem Maße sich die Wut in der Bevölkerung über den Sozialabbau aus Wiesbaden und Berlin in Aktionen Ausdruck verleihen kann, wenn Teile der Gewerkschaftsapparate mobilisieren, statt die Aktionen auszubremsen. Dies wurde den Gewerkschaftsfunktionären dadurch erleichtert, dass es in Wiesbaden gegen eine CDU-Regierung geht. Die Illusion, eine Rot-Grüne Regierung in Wiesbaden könne eine grundsätzlich andere Politik machen, drückt den Reifegrad der Bewegung aus.

Diese Illusionen werden zweifellos schwächer, wenn sie auch bei einem Teil der Gewerkschaftsmitglieder noch vorhanden sind, die auch durch die Maßnahmen der SPD-PDS-Landesregierung in Berlin bisher nicht verfolgt sind. Unterstützt werden diese Illusionen besonders von den Sozialverbänden. Bei entscheidenden Teilen der hessischen Gewerkschaftsführungen war deutlich das Bemühen zu bemerken, die Schröder-Regierung aus der Schusslinie zu nehmen, in der Hoffnung, diese werde als Gegenleistung die Tarifautonomie nicht per Gesetz beenden. So wurde auf der Vertrauensleute- und Personalrätekonferenz der hessischen GEW am 8. Oktober in Frankfurt eine Resolution gegen die Koch-Regierung verabschiedet, obwohl zahlreiche Vertrauensleute gefordert hatten, auch den Zusammenhang mit den Angriffen der Schröder-Regierung gegen die arbeitende Bevölkerung in der Resolution herzustellen. Auch die Redebeiträge der Gewerkschaftsführer am 18. November in Wiesbaden richteten sich fast ausschließlich gegen die hessische CDU-Regierung. Parolen wie »Zurück zum sozialen Hessen« zeigen die Hilflosigkeit dieser Gewerkschaftsführer und ihre Unfähigkeit, den Beschäftigten einen Weg zu zeigen, wie der Sozialabbau gestoppt werden kann.

Um so bemerkenswerter war die Demonstration am 9. Dezember in Kassel. Hier fand eine politische Demonstration während der Arbeitszeit statt, die sich ausdrücklich sowohl gegen die hessische CDU-Regierung, als auch gegen die Rot-Grüne Bundesregierung richtete. Zwar war der Aufruf, auf den sich die Einzelgewerkschaften schließlich mit dem nordhessischen DGB geeinigt hatte, inhaltlich ziemlich dürftig, aber in den Redebeiträgen wurde die Rolle der Unternehmer und ihrer Handlanger aus den bürgerlichen Parteien klar benannt. Die große Beteiligung von fast 7.000 Beschäftigten und Studenten straft alle Gewerkschaftsfunktionäre Lügen, die mit der angeblichen Passivität der Basis ihr eigenes Nichtstun zu rechtfertigen versuchen. Diese Beteiligung ist eine Grundlage, auf der sich Politik im Sinne der arbeitenden Bevölkerung entwickeln lässt. In wie weit dies trägt, wird die Mobilisierung für den 2. April zeigen. Während die Bundesvorstände des DGB und der Einzelgewerkschaften erkennbar versuchen, alle Aktivitäten auf den 3. April, den Samstag, zu lenken, ruft der nordhessische DGB für den Freitag davor zu einer Aktion um 12 Uhr, also während der Arbeitszeit, vor dem Kasseler Rathaus auf. Weil gleich am nächsten Tag nach Berlin gefahren wird, werden sich daran möglicherweise weniger beteiligen als am 9. Dezember.

Was ist nach dem 3. April zu tun? Allen Beteiligten ist klar, dass auch die in Kassel relativ entwickelten Aktionen nicht ausreichen werden, um die Offensive des Unternehmerlagers und ihrer Handlanger in Parteien und Medien zu stoppen. Entscheidend ist, in der alltäglichen Gewerkschaftsarbeit mit den Kolleginnen und Kollegen über die Ursachen dieser Offensive zu sprechen, die im Kapitalismus in seiner krisenhaften Entwicklung selbst begründet liegt und nichts mit dem moralischen Fehlverhalten einiger Unternehmer zu tun hat. Weitere Schritte dieser Offensive können nur von der arbeitenden Bevölkerung selber gestoppt werden. Dies ist unmöglich, ohne das große Feld der in den Gewerkschaften organisierten aber politisch noch orientierungslosen Mitgliedermassen. Die Beschäftigten müssen sich stärker in Betriebsgruppen organisieren und ihre Vertrauensleutestrukturen stärken. Die klassenbewussten Kolleginnen und Kollegen müssen sich im Rahmen der Gewerkschaften vernetzen, um die politischen Diskussionen in die Gewerkschaften hineinzutragen. Dabei ist eine politische Unabhängigkeit vom Gewerkschaftsapparat notwendig, der in seiner Gesamtheit durch die Beschränktheit auf Tarifpolitik und seine Unterwerfung unter die Standortlogik zur Desorientierung der Mitgliedschaft beiträgt und von innen zur Zersetzung des Gewerkschaftsgedankens beiträgt.

In der politischen Auseinandersetzung mit dem gesamten Unternehmerlager, der Regierung und schließlich dem kapitalistischen System selbst kann auch die große Masse der Arbeitslosen, die im reinen Tarifkampf als Reservearmee eher Ballast darstellt, zu einem wichtigen, verstärkenden Faktor werden. Die Teile des Gewerkschaftsapparats, die nicht nur reden, sondern auch im Sinne der Gesamtheit der abhängig Beschäftigten handeln, indem sie den Unternehmerangriffen politisch entgegengetreten, müssen unterstützt werden. Auf den überwiegenden Rest des Gewerkschaftsapparats muss von unten Druck gemacht werden.

Die in Kassel stattfindende Vernetzung klassenbewusster Kolleginnen und Kollegen im nordhessischen Bündnis gegen Sozialabbau ist zweifellos ein richtiger und wichtiger Schritt, um auf dem beschriebenen Weg vorwärts zu kommen.

E. R., Kassel, 16.03.2004 ■

■ BERLIN:
INTERVIEW MIT EINER KOLLEGIN DER BVG

»... bauen wir lieber jetzt Barrikaden...«

bvu: Im September 2003 erklärte der BVG-Vorstandsvorsitzende Arnim, er wolle das Personal der BVG um weitere 30 Prozent abbauen und die restlichen Kollegen sollten für 30 Prozent weniger arbeiten. Wie ist die Situation heute?

An diesen Forderungen hat sich erst mal nichts geändert. Was der Vorstand jetzt macht, ist zu versuchen, die Kollegen von der angeblichen Notwendigkeit dieser Maßnahmen zu überzeugen. Das heißt, Arnim besucht die Betriebshöfe, spricht zuerst mit den Führungskräften und dann zu allen Kollegen. Anfangs hat sich der Personalrat noch an diesen



Veranstaltungen beteiligt. Dann, als klar war, dass dies nur reine Showveranstaltungen waren, hat sich der Personalrat davon zurückgezogen. Zusätzlich wurde im letzten Jahr eine neue Kommunikationsabteilung gegründet, angeblich um die Außendarstellung der BVG zu verbessern. Tatsächlich gibt es jetzt immer neue Publikationen dieser Abteilung für die eigenen Mitarbeiter, um sie noch mehr zu indoktrinieren.
bvu: Wie positioniert sich der Personalrat zu den Vorschlägen des Vorstandes?

Der Personalrat hat für die Verhandlungen vier Eckpunkte beschlossen: 1. Ausschluss von betriebsbedingten Kündigungen. 2. Erhalt der BVG als einen Betrieb. 3. Verzicht auf Umgründungen und 4. Neueinstellungen müssen in die BVG – Anstalt öffentlichen Rechts – erfolgen. Die bisherigen BVGer sollen bei einem Spartentarifvertrag für den Nahverkehr Berlin-Brandenburg, der den BAT und BMTG ablösen wird, einen Ausgleichsbetrag erhalten, der die Verschlechterungen ausgleichen soll. Neu eingestellte Kollegen werden aber einiges weniger verdienen.

bvu: Kannst du kurz was zur BVG-Tochter »Berlin Transport« (BT) sagen?

BT stellt nur Leute vom Arbeitsamt ein, da sie sich die Ausbildung vom Arbeitsamt bezahlen lassen. BT kann die gestellten Aufgaben nicht bewältigen. Einzelne Linien, zum Beispiel die 241, gehen jetzt wieder Stück für Stück an die BVG zurück. Außerdem gab es vor kurzem Betriebsratswahlen. Acht Listen sind angetreten, die ver.di-Liste erreichte zwei von 15 Sitzen.

bvu: Ihr habt ja im Oktober eine Kundgebung vor der BVG-Zentrale gemacht ...

... da hat mich die Beteiligung selber überrascht. Arnim hatte anfangs behauptet, dass er sein Kürzungskonzept zusammen mit den Arbeitnehmervertretern entwickelt hätte. Das konnten wir ja nicht auf uns sitzen lassen. Da haben wir eine Kundgebung gemacht, auf der er sagen sollte, dass wir damit nichts zu tun hatten. Knapp 1.000 BVGer sind gekommen. Erst wollte er nicht runterkommen, hat es dann aber doch getan. Glück gehabt, zwei Minuten später und wir wären hochgegangen.

bvu: Die Kürzungen betreffen ja nicht nur euch, sondern fast alle Bürger dieser Stadt, zumindest die, die den ÖPNV benut-

zen. Denn an ausgedünnten Streckennetzen und schlechten Fahrern hat ja keiner Interesse.

Deshalb haben wir im November zusammen mit den Kollegen der Berliner Stadtreinigung (BSR) eine große Flugblattaktion vor vielen Bahnhöfen gemacht. Wir haben unter dem Motto »Bürger schützt euer Eigentum« noch mal ganz deutlich machen wollen, dass, wenn die Herren im Vorstand und im Senat von Privatisierungen reden, sie vom Eigentum der Berliner Bevölkerung sprechen. Wir haben uns schon so vieles nehmen lassen, die Bewag und die Wasserbetriebe, damit muss jetzt Schluss sein. Dort ist genau das passiert, was ja angeblich verhindert werden sollte: Erst gingen die Preise leicht runter, nur um dann um so deutlicher zu steigen. Der ÖPNV gehört genau wie das Gesundheitswesen oder Wasser und Stromversorgung zur Daseinsvorsorge der Bevölkerung und darf nicht dazu dienen, einigen Aktionären die Taschen noch voller zu machen.

bvu: Warum gibt es kein gemeinsames Vorgehen mit den KollegInnen der S-Bahn? Die haben ja ähnliche Probleme.

Ja das stimmt. Es liegt vielleicht daran, dass S-Bahner und BVGer in unterschiedlichen Gewerkschaften organisiert sind. Wirkliche Zusammenarbeit gibt es gar nicht. Ich kann mich auch nicht erinnern, dass es sie mal gab. Von ver.di hab ich dazu auch noch nichts gehört.

bvu: Am 3. April gibt es einen europäischen Aktionstag der Gewerkschaften gegen Sozialabbau. Ver.di organisiert in Berlin eine Großdemonstration. Die europäischen Richtlinien zur Liberalisierung des ÖPNV betreffen ja auch die BVG. Gibt es schon Überlegungen, an diesem Tag als BVGer was zu machen? Könntet ihr euch vorstellen, z.B. während der Arbeitszeit eine Betriebsversammlung zu organisieren?

Solche Überlegungen gibt es bei uns nicht. Außerdem gibt es eine Regel: egal was wir machen, außer bei Warnstreiks, der Kunde steht immer im Vordergrund. Aber wenn man was macht, dann nicht nur die BVG! Alles hinschmeißen würden wir nur, wenn es alle machen, beim Generalstreik, dazu müssten aber die Gewerkschaften aufrufen. Aber man soll ja niemals nie sagen.

bvu: Die BVG ist doch ein kampfstarker Bereich mit Tradition. Dennoch wird die aktuelle Auseinandersetzung mit Einbußen für die Kollegen enden. Warum?

Weil es eben ver.di ist. Mit der ÖTV wäre das nie gegangen. Keiner fühlt sich zuhause. Kaum etwas wird gemacht. Man arrangiert sich mit der Politik und verhält sich immer defensiv. Alles zum Nachteil der Mitglieder und der Menschen überhaupt. Die Menschen sind verunsichert und ver.di gibt keine Antworten und weicht immer zurück. Es gibt nur allgemeine Appelle, jetzt die Kräfte in den Betrieben zu bündeln. Ich hatte zwei Aha-Erlebnisse. Wir hatten zwei Personalrätekonferenzen: Bei der ersten stellte Arnim sein Modell vor und bei der zweiten ging es darum, wie wir zum Sparten-tarif stehen und Gegenargumente zu diskutieren. Es kam von unserer Seite gar nichts. Ich habe die Hilflosigkeit gespürt als Gewerkschafterin, als Bürgerin, als Mitarbeiterin. Wenn auf Versammlungen mit dem Vorstand von unserer Seite erzählt wird, dass wir ja gemeinsam über 15.000 Arbeitsplätze abgebaut haben, dann stehen mir die Haare zu Berge. Aber es stimmt. Wir dachten damals, wir würden die BVG retten und haben vieles mitgemacht. Aber heute sage ich, als Gewerkschafterin, bauen wir lieber jetzt Barrikaden, ganz schnell, sonst ist kein Material mehr da.

aus »berlin von unten«, Nr. 6, Februar 2004 ■

■ DER »DGB-ARBEITSKREIS BERLIN« MOBILISIERTE:

»Volk« trifft seine Vertreter

Am 19. Februar 2004 trafen sich gut 100 Mitglieder aus Einzelgewerkschaften im ver.di-Haus am Potsdamer Platz, um anschließend ins nahegelegene Abgeordnetenhaus zu ziehen. Dieses Treffen sollte dem Schulterschluss zwischen Mitgliedern unterschiedlicher Branchen und Gewerkschaften dienen. Eingeladen hatte der »DGB-Arbeitskreis Berlin«, gegründet im Dezember 2003. Dieser Arbeitskreis wurde initiiert und setzt sich zusammen aus Mitgliedern der Vorstandsetagen von DGB, ver.di, GEW aber auch der IG Metall und der IG BAU. Offensichtlich auch beeindruckt von der Demonstration am 1. September 2003 hat sich der Arbeitskreis zum Ziel gesetzt, die Gewerkschaftsaktivitäten mit den Aktionen der »sozialen Bewegungen« zu verzahnen. Erster Schritt war der Aufruf zur gemeinsamen Demonstration »Gegen Sozial- und Bildungsraub« am 15. Januar 2004.

Auf einem Stufenplan weiterer Aktivitäten, die in einem »Stadtpolitischen Kongress« münden sollen, stand auch dieser Besuch von Abgeordneten im Rathaus. Auf dem »Stadtpolitischen Kongress« soll über ein oppositionelles Wahlbündnis nachgedacht werden. Selbst die Einleitung eines Volksbegehrens zur Auflösung des Abgeordnetenhauses und die Einleitung von Neuwahlen werden diskutiert. Zur Verbreiterung in der Mitgliedschaft sollen diese Vorstellungen dann auf Betriebsräte- bzw. Personalrätekonferenzen im März/April vorgestellt und debattiert werden. Soweit das hochgesteckte Ziel.

Doch zurück zum 19 Februar: Es trafen sich – optisch gut erkennbar – Kollegen und Kolleginnen des Nahverkehrs (BVG), der Stadtreinigung (BSR), der Polizei, der Feuerwehr, sowie VertreterInnen der von Arbeitsplatzabbau bzw. Schließung betroffenen Vivantes (Träger der privatisierten Krankenhäuser). Aber auch KollegInnen aus den Universitäten, Schulen und Kindertagesstätten, aus dem Metall- und Baubereich sowie Mitglieder der gewerkschaftlichen Erwerbslosengruppen waren anwesend.

Der DGB-Vorsitzende Dieter Scholz hatte die Veranstaltung im Abgeordnetenhaus angemeldet, war selbst aber nicht anwesend. Wie üblich vertrat ihn sein Vize, Bernd Rissman. Die GdP war durch den Kollegen Schoenberg, die GEW durch Uli Thoene, ver.di durch Peter Schrott und Roland Tremper vorstandsmäßig vertreten. In kleinen Gruppen ging es nach Instruktion des GdP-Vorsitzenden Eberhard Schoenberg ins Abgeordnetenhaus. Hier standen die Akteure ziemlich orientierungslos rum, bis Elke Breitenbach von der PDS und eine Abgeordnete der SPD uns in den Tagungsraum des Hauptausschusses leiteten. Dort war es mit der Öffentlichkeitswirksamkeit, die das Foyer bot, vorbei. In Gegenwart von drei Abgeordneten der SPD, zwei der PDS (Breitenbach und Simon, beide aus dem Hause der PDS-Senatorin Knaake-Werner) und dem Herrn Kaczmarek (CDU) fand eine weit über zweistündige Diskussion statt. Alle Abgeordneten, außer dem CDU-Vertreter, gaben sich als Gewerkschaftsmitglieder zu erkennen. Elke Breitenbach, sich selbst als Linke verstehend, war ehemals Jugendsekretärin der HBV.

Die Anwesenden äußerten ihr Betroffenheit:

◆ BVG'ler kritisierten den geplanten Lohn- und Personalabbau um jeweils 30 Prozent.

- ◆ Vertreter der Feuerwehr argumentierten gegen die angeordnete Lebensarbeitszeitverlängerung: »Wir arbeiteten so wieso schon in der Regel 40 Prozent mehr«.
- ◆ Von der Polizei wurde die unsichere Situation der Auszubildenden angesprochen.
- ◆ MitarbeiterInnen aus Krankenhäusern kritisierten den durchgeführten und weiter geplanten Personalabbau und wiesen hin auf die drohende Insolvenz von Vivantes und die Bereicherung durch die verantwortlichen Kräfte bei der Privatisierung des Gesundheitswesens.
- ◆ KollegInnen aus Schulen und Kitas beklagten den wiederholten Wahlbetrug (*»im Bildungsbereich wird nicht gespart«*), die beschlossene Privatisierung der Kindertagesstätten und die negativen Folgen des im Juni 2003 abgeschlossenen Tarifvertrages.
- ◆ Von den Vertretern der IG BAU wurde über das ungeheure Lohndumping bei einer horrenden Arbeitslosigkeit berichtet (schon über 50 Prozent in Berlin).
- ◆ Aber auch die Erwerbslosen klagten energisch über die Einsparmaßnahmen des Senats, u.a. die Streichung des Sozialtickets bei der BVG und des »Blindengeldes«.

Es wurden jeweils drei Diskussionsbeiträge zugelassen, bevor die Abgeordneten antworteten. Die konnten sich also ausgiebig auslassen und versuchen, das »unkundige Volk« mit ihren »Sachargumenten« zu erschlagen, u.a. mit der angeblichen personellen Überausstattung der jeweiligen Einrichtungen im Vergleich zum übrigen Bundesgebiet. Es gab ein klares Bekenntnis aller Abgeordneten zur Privatisierung öffentlichen Eigentums, um den Haushalt zu sanieren.

Erstaunt über die Aggressivität der Betroffenen zeigte sich eine SPD-Abgeordnete, wo sie doch extra die Sitzung des Plenums verlassen hätte, um mit uns zu sprechen. Die PDS-Abgeordnete Simon – ebenfalls gefrustet und missverstanden – konterte, indem sie ausdrücklich die Mitschuld des DGB am Zustandekommen der Hartz-Gesetze hervorhob. Auch Elke Breitenbach (PDS) wirkte äußerst angespannt und fühlte sich zu Recht besonders angegriffen. Sie behauptet von sich, die Position der außerparlamentarischen Opposition in der Regierung zu vertreten, trägt die Schweinereien aber parlamentarisch mit. Sie wies dann auf die offizielle Abwesenheit des DGB am 1. September 2003 hin und betonte dagegen ihre aktive Rolle. Einen Trost wird sie wohl in ihrer Bezahlung finden. Mit diesen Äußerungen verdeutlichten die sich als »Linke« verstehenden Abgeordneten der »Demokratischen Sozialisten« nur die schizophrene Situation, in der sie sich mit der Senatskoalition befinden. Auf die besonders an die PDS-Vertreter gerichtete Frage, wie sie denn dem von ihrer Partei eingeleiteten und mitgetragenen Sozialabbau zukünftig entgegenzutreten werden, gab es keine Antwort.

Kurz vor Schluss der Debatte erschienen noch die Fraktionsvorsitzenden von SPD und PDS, Müller und Liebich. Die Rechtfertigung des PDS-Vorsitzenden Liebich für den weiteren Abbau besteht in der Behauptung, nur bei einschneidenden Maßnahmen sei bis 2007 der Haushalt so weit zu konsolidieren, dass man dann den Bund in Verantwortung nehmen könne. Nur dadurch habe eine Klage auf Teilübernahme der Berliner Schulden durch die Bundesregierung aufgrund einer unverschuldeten Haushaltsnotlage Aussicht auf Erfolg. Dass dieses Vorhaben, abgesehen von dem volks-

wirtschaftlichen Wahnsinn, mit sozialistischer Politik nicht zu tun hat, war für alle Zuhörer offensichtlich. Es durfte natürlich nicht der Vorwurf an die Gewerkschaften des Öffentlichen Dienstes fehlen, leichtsinnig das Sozialpaktangebot des Senats Herbst 2002 zurückgewiesen zu haben. Unerwähnt ließen die PDS-Vertreter, dass die Annahme dieses Angebotes das Einverständnis der Gewerkschaften für den Ausstieg aus dem Flächentarifvertrag bedeutet hätte. ver.di-Berlin wäre dabei die Vorreiterfunktion zugefallen. Letztlich war der Ausstieg doch nicht zu verhindern gewesen und kam über die Intervention der Bundesebene zustande (siehe Arbeiterpolitik Nr. 4/5, November 2003).

Es tauchte nicht nur beim Berichtersteller die Frage auf, was soll man tun, angesichts der Alternativlosigkeit bei den Wahlen, oder wie Uli Thoene (GEW-Vorsitzender Berlin) es auszudrücken pflegt: *»Was tut man, wenn man mit der Farbenlehre am Ende ist?«* Doch die anschließend geplante Auswertungsrunde fand dann nicht mehr statt; die eingeplante Resonanz in den Medien gab es auch nicht.

Die Aktion war der Versuch branchenübergreifend Protest zu organisieren – allerdings von oben nach unten. Entsprechend der momentanen Betroffenheit in Berlin waren zumeist GewerkschafterInnen aus dem Öffentlichen Dienst anwesend. Angesichts der Schlappen, die vor allem ver.di bei den Tarifverhandlungen des letzten Jahres einstecken musste, wächst auch in Teilen des Vorstandes und des Apparates die Erkenntnis: ohne eine Mobilisierung der eigenen Mitglieder braucht der Senat die Gewerkschaften als Verhandlungs- und Tarifpartner gar nicht mehr ernst zu nehmen. Es wird in Zukunft kein Entgegenkommen und keine Belohnung allein für Wohlverhalten geben. Diese Erfahrung müssen zur Zeit die KollegInnen und deren gewerkschaftliche Vertreter von der BVG und von Vivantes machen.

Angesichts der Passivität in der Mitgliedschaft bleibt zur Zeit nichts anderes übrig, als uns auch an diesen Initiativen aus den gewerkschaftlichen Apparaten zu beteiligen. Wir sehen allerdings dessen Grenzen und wissen, dass damit das eigenständige Eintreten der Beschäftigten für ihre Interessen nicht ersetzt werden kann. Darüber hinaus gibt es die Vorstellung auf parlamentarischer Ebene Kräfte zu finden (die »Gutwilligen«?!), die ansprechbar sind für die Belange der Gewerkschaften. Dieses Unterfangen ist bei den heutigen Kräfteverhältnissen illusorisch, da auch die Gutwilligsten in diesem Rahmen ohne eine breite außerparlamentarische Bewegung, wirkungslos bleiben müssen.

EL, Berlin, März 2004 ■

Lohnsenkung bei den beamteten Beschäftigten der Deutschen Post AG

Am 25. und 26. Februar fanden bundesweit die ersten Betriebsversammlungen der Beschäftigten der Deutschen Post AG statt. Sie bildeten den Auftakt für eine Serie von Zusammenkünften der Beschäftigten, die in der ganzen Republik



über mehrere Wochen organisiert wurden. Einberufen wurden sie zwar von den Betriebsräten der einzelnen Niederlassungen, koordiniert war das Ganze aber von der Postgewerkschaft in ver.di, dem Fachbereich 10 (Postdienste, Spedition und Logistik). Die Gewerkschaft wollte mit diesen Aktivitäten ihrer Forderung Nachdruck verleihen, die Post solle die vom Bundestag beschlossenen Einkommenskürzungen für die Bundesbeamten nicht auf die beamteten Postbeschäftigten übertragen und das bisherige Prinzip der Gleichbehandlung von Tarifkräften und Beamten beibehalten.

Angriff auf die Beamten

Im Rahmen ihrer Haushaltsbeschlüsse hatte die Bundesregierung entschieden, den Bundesbeamten das Urlaubsgeld zu streichen und das Weihnachtsgeld auf 5 Prozent des Jahreslohns zu beschränken. Damit würde die Zuwendung von etwa 85 auf 60 Prozent des Monatslohns gekürzt.

Doch ist dies nicht das einzige Ungemach, das den Beamten bei der Post droht. So haben die aus der Deutschen Bundespost hervorgegangenen Unternehmen Deutsche Post AG, Telekom und Postbank beim Finanzministerium, das formell für die Beamten bei diesen Unternehmen zuständig ist, eine Gesetzesvorlage eingereicht, nach der die Beamten zukünftig in allen Bereichen der Unternehmen, also auch den schon immer privatwirtschaftlich betriebenen, eingesetzt werden können. Versetzungen sollen sogar weltweit möglich sein. Außerdem planen sie das Weihnachtsgeld gänzlich abzuschaffen und durch eine leistungsbezogene Sonderzahlung zu ersetzen. Damit wären die Beschäftigten der Willkür ihrer unmittelbaren Vorgesetzten ausgesetzt; der in der Höhe für jeden kalkulierbare Entgeltbestandteil würde zu einer reinen Wohlverhaltensprämie degradiert werden.

Seit der Umwandlung der Bundespost in eine Aktiengesellschaft werden seit Mitte der 90er Jahre keine Verbeamtungen mehr vorgenommen. Viele Beamte sind in den letzten Jahren durch attraktive Zur-Ruhesetzungen auf Kosten des Bundes ausgeschieden. Dennoch gibt es bei der Deutschen Post AG noch etwa 65.000 Beamte. Sie konzentrieren sich im wesentlichen auf den Zustelldienst, die größeren Center-Filialen und den Bereich der Bürokräfte in den Briefzentren. Während sich bei den letzteren seit der Privatisierung schleichend eine neoliberale Gesinnung durchgesetzt hat, entwickelt sich bei den Beschäftigten in den unteren Lohngruppen das Bewusstsein gegenläufig. Sie wünschen sich zwar immer noch ein harmonisches Verhältnis zum Arbeitgeber und möchten gerne zu den Zeiten der früheren Bundespost zurückkehren, doch spüren sie täglich, dass die gegenwärtigen Arbeitsverhältnisse sich immer stärker von ihren Erwartungen entfernen. Sie sind der neuen Realität in einem Unternehmen ausgesetzt, das sich immer stärker privatwirt-

schaftlichen Zielen und dem Wohl der Aktionäre verpflichtet fühlt.

Arbeitsalltag der Zusteller

Besonders deutlich wird dies derzeit im Bereich der Zustellung. Durch ständige Verringerung der Zeiten für die Vorsortierung und die Zustellung der Briefe gelingt es mit immer weniger Zustellern die Arbeit zu erledigen. Ständige Überstunden sind die Folge. Die Zahl der Dienstabbrüche, die nach dem Arbeitszeitgesetz nach zehn Arbeitsstunden zwingend erfolgen müssen, nimmt zu. Individuelle Gegenstrategien wie frühere Aufnahme der Arbeit (diese wird natürlich nicht als Überzeit anerkannt) und Flucht in die Krankheit, helfen immer weniger, den Druck zu bewältigen. Auch die Hoffnung, durch Gewöhnung an den Zustellbezirk und Kenntnis aller seiner Probleme Routine zu erlangen und dadurch die Arbeit dann doch irgendwann schneller erledigen zu können, erfüllt sich nur selten, da die Post die Zustellbezirke ständig neu strukturiert. Besonders schwer haben es die sogenannten Springer, die immer dann einen Bezirk übernehmen müssen, wenn der Stammzusteller erkrankt ist, Urlaub hat oder aus anderweitigen Gründen abwesend ist.

Bei der jetzigen Arbeitszeitregelung, die vom Zusteller einen Arbeitsbeginn spätestens um 7.00 Uhr verlangt, aber ein Arbeitsende nach 10.45 Stunden also um 17.45 Uhr zulässt (zehn Arbeitsstunden plus Pause), ist ein normales Alltagsleben nicht mehr möglich. Frisörtermine und Gänge zu Behörden lassen sich nicht planen. Sie sind häufig erst zu einem Zeitpunkt möglich, wo die Geschäfte und Ämter bereits geschlossen haben.

Rege Beteiligung an den Betriebsversammlungen

Die Betriebsversammlungen wurden von den Zustellern genutzt, um eindringlich auf ihre Lage aufmerksam zu machen. In großen Städten wie Hamburg oder Berlin fiel deshalb in vielen Stadtteilen für den gesamten Tag die Zustellung aus. Dies blieb der örtlichen Presse nicht verborgen. Sie veröffentlichte eine Vielzahl von Berichten, wobei sie neben der Schilderung des Betriebsalltags auch die Sicht des Kunden, die häufig sehr späte Zustellung der Sendungen, hervorhob. Die eigenen Interessen standen hier im Mittelpunkt. Die Verleger zürnen der Post, seit dem diese wöchentlich kostenlos den Kunden eine Fernsehzeitung in die Briefkästen steckt. Auch ist bekannt, dass die großen Zeitungsverlage planen, in Eigenregie bundesweit Zeitungen in die Haushalte bringen zu lassen. Gelingt ihnen dies, so können sie sicher auch noch andere Sendungen zustellen. Da Zeitungen bis etwa 6.00 Uhr beim Leser sein müssen, würden auch die sonstigen Briefe früher bei den Kunden landen.

Während bisher immer nur die fabrikähnlichen Briefzentren in gewerkschaftliche Aktivitäten einbezogen wurden, gelang es ver.di erstmals die sehr individualistisch denkenden Zusteller zu mobilisieren. Sie organisierte die Betriebsversammlungen so, dass auch die Tarifkräfte teilnehmen konnten. Denn die Führung des Fachbereiches befürchtet, dass sie im Frühsommer bei den anstehenden Lohntarifverhandlungen mit Forderungen der Arbeitgeber konfrontiert wird, die sonstigen Beschäftigten mit den Beamten gleich zu stellen. Das hieße auch bei ihnen eine Absenkung von Urlaubs- und Weihnachtsgeld. Der Berliner Senat hat ähnliches bereits vor einigen Monaten mit seinen Landesbeschäft-

tigten praktiziert. Auch in anderen Bundesländern gibt es ähnliche Bestrebungen.

Die Betriebsversammlungen hatten nicht nur durch ihre von vornherein auf einen Arbeitstag veranschlagte Dauer einen besonderen Charakter, auch durch andere Aktivitäten versuchten die Betriebsräte und die Gewerkschaft das Problem in die Öffentlichkeit zu tragen. In Hamburg formierten sich die Beschäftigten nach der Betriebsversammlung zu einem Demonstrationzug und zogen durch die Innenstadt. Das gleiche geschah in Hannover. Hier marschierten die Postler so dicht an dem trauten Eigenheim von Schröder vorbei, dass sich dessen Gattin über die Verletzung ihrer Privatsphäre öffentlich beschwerte. Vor den Zentralen von SPD und Grünen in Berlin fanden über zwei Wochen Mahnwachen statt, die abwechselnd von den einzelnen ver.di-Landesverbänden des Fachbereiches 10 getragen wurden.

In Berlin hatte der Betriebsrat der Niederlassung 10 drei Bundestagabgeordnete eingeladen. Während Spiller von der SPD nicht einmal absagte, ließ sich Eichstädt-Bohlig von den Grünen noch entschuldigen. Daran wird deutlich, wie stark sich die Beziehungen zwischen den Vertretern der bürgerlichen Parteien und den Gewerkschaften wie Betriebsräten in den letzten Jahren verändert haben. Früher nahmen die Parteien nahezu jede Gelegenheit wahr, um vor den Belegschaften aufzutreten. Bei Verhinderung schickten die Eingeladenen Vertreter. Heute kneifen die Abgesandten dieser Parteien, weil sie Angst vor den Protesten und dem Zorn der Beschäftigten haben.

Lediglich Petra Pau von der PDS nahm die Gelegenheit wahr. Sie wurde, was in Berlin nicht selbstverständlich ist, mit Applaus empfangen. Die PDS auf Bundesebene wird von vielen Beschäftigten immer noch als sozialpolitische Opposition wahrgenommen. Da Pau die Kunst beherrscht, mit vielen Worten einer konkreten Stellungnahme auszuweichen, legte sie sich auch nicht direkt mit den anwesenden KollegInnen an und wurde freundlich verabschiedet. Sie verschwand nach Ende ihres Beitrages umgehend, um einen anderen Termin wahrzunehmen. Nachfragen etwa zu dem Verhalten der Berliner PDS, die als Mitglied der Senatskoalition bei Arbeitszeitverlängerungen und Kürzung von Einkommensbestandteilen bei den Beamten bundesweit den Vorreiter gespielt hat, konnten so nicht mehr gestellt werden.

Erwähnenswert ist noch, dass die Vorsitzende des Betriebsrates von Berlin Zentrum zur Teilnahme an den Demonstrationen des 3. April aufrief. Sie begründete ausführlich, weshalb die Beschäftigten gegen die Agenda 2010 öffentlich protestieren müssen.

Wie weiter?

Die Post hat die Forderung der Gewerkschaft, auf die Kürzungen bei den Postbeamten zu verzichten, zunächst abgelehnt. Auch die Klagen der Zusteller stießen auf taube Ohren. Höhnisch hieß es, Touren und Zeiten seien genau berechnet und deshalb zu schaffen. Ob die Gewerkschaft sich zu weitergehenden Aktionen entschließt, wenn das Unternehmen Ende März nach den terminierten Gesprächen über die Lage der Beamten bei seiner Position bleibt, muss abgewartet werden. Denn die Gremien der Gewerkschaft wie auch die Mitglieder sind auf härtere Auseinandersetzungen mit dem Arbeitgeber nicht vorbereitet. Hier zeigt sich, dass die jahrelange Passivität in Fragen des Streikrechts für Beamte nun zum Hemmnis für gewerkschaftliche Aktivitäten wird. Die

Postgewerkschaft hat zwar immer das Streikverbot für Beamte abgelehnt und eine gesetzliche Änderung der bestehenden beamtenrechtlichen Regelungen gefordert, da sie dafür aber keine Partner bei den Bundestagsparteien fand, hat sie sich damit abgefunden. Mit dem europäischen Sozialrecht, das auch Streiks für Beamte zulässt, und der Tatsache, dass viele Beamte wie auch die bei der Post keine hoheitlichen Aufgaben mehr wahrnehmen, bestehen schon bei einer nur formaljuristischen Betrachtungsweise gute Möglichkeiten, auch Tarifabschlüsse für Beamte durchzusetzen.

Kleinere Regelverletzungen im Rahmen von Tarifaufeinandersetzungen hat es allerdings immer wieder gegeben, etwa wenn Beamte die zeitweilige Teilnahme an Streiks mit ihrem Grundrecht auf Information begründet haben oder wenn erfolgreich der Einsatz von Beamten auf bestreikten Arbeitsplätzen abgelehnt wurde. Die Gewerkschaft hat nach Ende von Tarifverhandlungen immer sog. Maßregelungsklauseln in die Verträge aufgenommen, die auch beamtenrechtliche Sanktionen ausschlossen. Daran kann sicher angeknüpft werden.

Allerdings werden der Gewerkschaft kleinere Aktionen kaum helfen. Sie wird sich auf grundsätzliche Angriffe vorbereiten müssen, die um so sicherer kommen werden, je passiver sie bleibt. So wie die Post jede Möglichkeit zur Einkommensenkung nutzt, muss die Gewerkschaft umgekehrt jede Chance ergreifen, um die soziale Situation der Beschäftigten zu verteidigen oder zu verbessern. Der Angriff auf die Beamten zeigt, dass Konzessionen an die Arbeitgeber, wie sie die Gewerkschaft bei der Neustrukturierung der Löhne (ca. 30 Prozent Tariflohnsenkung sowie geringe Betriebsrenten für alle neueingestellten Mitarbeiter) und beim Beschäftigungspakt gemacht hat, nicht dazu führen, die Einkommens- und Arbeitssituation der restlichen Beschäftigten bei der Post dauerhaft zu stabilisieren.

Geklärt werden muss seitens des ver.di-Fachbereichs, wie andere ebenso von den Maßnahmen der Bundesregierung betroffene Beamte in die Aktivitäten mit einbezogen werden können. So blieben die Betriebsräte von Postbank und Telekom ebenso passiv wie die der Bahn. Alle Beschäftigtengruppen haben im Kern das gleiche Problem. Sie arbeiten als Beamte in privatwirtschaftlich organisierten Unternehmen und werden von diesen auch bezahlt. Kürzungen ihrer Einkommen bedeuten eine Erhöhung des Profites. Ein Unternehmen wie die deutsche Post, die für die Pensionen der noch bei ihr beschäftigten Beamten nicht vollständig aufkommen muss, kann auch nicht auf eine schwierige wirtschaftliche Situation verweisen, um die Einkommenskürzungen zu rechtfertigen. Im letzten Jahr sind ihre Gewinne explodiert und auch für das nächste ist mit hohen Überschüssen zu rechnen.

Erfolg werden Protestmaßnahmen wie eine konsequente Verweigerung von Überstunden nur dann haben, wenn auch die Tarifkräfte mit einbezogen werden. Da in den nächsten Monaten die Verhandlungen über einen neuen Lohn tariff beginnen, bestehen gute Voraussetzungen für eine Verbindung der Aktivitäten. Wenn allerdings wie jetzt intern diskutiert, niedrige Lohnforderungen gestellt werden sollen, um der Post ein Entgegenkommen zu erleichtern, wird es schwer oder unmöglich, die Tarifkräfte zu mobilisieren. Das kann nur gelingen über eine spürbare Lohnforderung und dem Willen mit allen Beschäftigten gemeinsam anzutreten.

H., Berlin, 07.03.2004 ■

Konferenz in Leverkusen zur Problematik der Übergangsforderungen

Seit den Ausschlüssen von Trotzisten und Anhängern Brandlers und Thalheimers aus der KPD in den zwanziger Jahren hat es in Deutschland, soweit wir wissen, keine gemeinsame Diskussion dieser drei kommunistischen Richtungen mehr gegeben, auf jeden Fall keine, die in einer solidarischen Atmosphäre stattgefunden hat. Deshalb ist die Tatsache, dass sich im Januar anlässlich des 80ten Todestages von Lenin die Vertreter dieser Traditionslinien zu einer Tagung zusammenfanden, nicht gering zu schätzen.

Die Marx-Engels-Stiftung, die als Veranstalterin das Treffen organisierte, hatte ein Thema gewählt, das für alle drei Strömungen einen wichtigen Punkt ihrer politischen Identität ausmacht, das Problem der Übergangsforderungen¹. Es spielt bei den strategischen und taktischen Fragen des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus eine große Rolle, findet sich im Übergangsprogramm Trotzkis von 1938 wieder und bildet im Aktionsprogramm Brandlers², der Kritik Thalheimers am Programmentwurf zum 6. Weltkongress der KI³ wie in der Plattform der KPO⁴ einen zentralen Angelpunkt für die Bestimmung von Strategie und Taktik im Kapitalismus nach dem Ersten Weltkrieg.

Die MES hatte bereits bei der Vorbereitung Wert darauf gelegt, dass die einzelnen Positionen zur Sprache kommen konnten. Sie schaltete Anfang Januar eine mit den teilnehmenden Organisationen nicht abgesprochene Anzeige in der UZ, in der alle zu der Diskussion eingeladenen Gruppen⁵ gemeinsam als Veranstalter auftraten. Schon allein dadurch wurden gute Voraussetzungen für eine entspannte Debatte geschaffen. Dies spiegelte sich auch im Ablauf der Tagung wieder: Alle drei Strömungen übernahmen für jeweils einen der drei Themenblöcke die Leitung der Konferenz.

Historisches

Im ersten Diskussionsblock ging es um die Einschätzungen der Beschlüsse des dritten und vierten Weltkongresses zur Frage der Übergangsforderungen und zu den Losungen der Arbeiterregierung in den Jahren 1921 – 1923 in Deutschland. Dass sich bei der Bewertung des noch von Lenin geprägten KI-Kongresses Differenzen ergeben würden, war nicht zu erwarten. Dass es aber bei der Debatte über die Ereignisse von 1923 zu keinerlei Zuspitzung kam, ist bemerkenswert. Der These eines der Referenten, dass es 1923 in Deutschland keinerlei Voraussetzungen für eine revolutionäre Erhebung gegeben hat und insofern die Lagebeurteilungen von KI und KPD auf Sand gebaut waren, blieb ohne Widerspruch.

Von allen Teilnehmern wurde die Einschätzung geteilt, dass die Zeit der revolutionären Erhebungen spätestens seit den März-Kämpfen 1921 in Deutschland vorbei gewesen war und die KPD deshalb vor der Aufgabe stand, sich auf diese für sie neue Situation einzustellen. Die Auseinandersetzungen in der KPD der folgenden Jahre bis zum Ausschluss der »Rechten« aus der KPD wurden nicht ausführlich erörtert. Bei den wenigen Bemerkungen, die zu dieser Phase geäußert wurden, war das Bemühen um eine realistische Einschät-

zung der politischen wie gesellschaftlichen Verhältnisse der Weimarer Republik, der Veränderungen des Selbstverständnisses der KI, die auf eine Entmündigung der Sektionen hinausliefen und der innerparteilichen Kontroversen, die sich auf diesem Hintergrund in der deutschen Partei entwickelten, erkennbar. Damit setzten sich die einzelnen Beiträge deutlich von jener Stellungnahme ab, die vor einigen Monaten zwei Vertreter der Kommunistischen Plattform (KPF) abgaben. Sie meinten anlässlich eines Artikel zum 75ten Jahrestag der Wittorf-Affäre, die schließlich zum Ausschluss der »Rechten« aus der KPD führte, dass sich die »politische Entscheidung der KPD-Mitglieder für Ernst Thälmann (und damit gegen Heinrich Brandler und August Thalheimer) ... als richtig erwiesen« habe⁶. Wer sich vorbehaltlos mit der Politik Thälmanns dieser Jahre identifiziert, die keinerlei Zusammenarbeit mit der SPD zuließ und gar noch deren Aktualität behauptet, muss zunächst einmal erläutern, wie sich die Mitgliedschaft der KPF in einer Partei erklären lässt, die kritik- und kriterienlos in den Regierungsbündnissen von Berlin und Mecklenburg-Vorpommern sich einer Sozialdemokratischen Politik unterwirft, die noch nicht einmal in ideologischer Hinsicht noch etwas mit den Visionen einer reformistischen Politik zu tun haben möchte.

Im zweiten Diskussionsblock über den VII. Weltkongress und die Volksfrontpolitik waren die Positionen nicht mehr so einheitlich wie zuvor. Bei der Bewertung des KI-Kongress von 1935 bestand das Problem darin, dass bis heute sich noch niemand ein zuverlässiges Urteil über die damalige Diskussion in der KI bilden kann. Sowohl über den Kongress wie auch über die Debatten in der KI dieser Jahre gibt es bislang keine autorisierten Protokolle. Deshalb, so wurde von einem Referenten der DKP betont, ließen sich die Motive, die in der KI den Schwenk von der Einheitsfrontpolitik von unten zur Volksfrontpolitik führten, nicht genau angeben. Auf jeden Fall sei sie aber eine Antwort auf ein insbesondere in Frankreich, aber auch in Spanien bestehendes Bedürfnis der Massen nach der Einheit der Arbeiterorganisationen gewesen, um der wachsenden Gefahr einer Ausbreitung des Faschismus zu widerstehen. Kritisch wurde dazu eingewendet, dass die Volksfront im Unterschied zur Einheitsfront ja auch ein Bündnis mit bürgerlichen Kräften einschließe und diese Konstellation schließlich zu einem hemmenden Faktor in den Auseinandersetzungen dieser Jahre wurde. Sowohl die Unterstützung der spanischen Republik, wie auch die der republikanischen Seite nach Ausbruch des Bürgerkriegs,

1) Das Thema der Veranstaltung lautete: »Zur Problematik der Übergangsforderungen in der Strategie der sozialistisch-kommunistischen Bewegung. Geschichtliches und Aktuelles«

2) Vgl. Heinrich Brandler: *Beiträge zu einem Aktionsprogramm für Deutschland*, KI 1928, Heft 1, S. 32 ff.; Heinrich Brandler: *Beiträge zu einem Aktionsprogramm für Deutschland* (Schluß), KI 1928, Heft 2, S. 75 ff.

3) August Thalheimer: *Programmatische Fragen*, Mainz 1993, resp. S. 85 – 99

4) Plattform der Kommunistischen Partei Deutschlands (Opposition), Reprint Gruppe Arbeiterpolitik o. J., S. 38 ff

5) Marx-Engels-Stiftung, Marxistische Arbeitskreis zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung bei der PDS, Geschichtskommission der DKP, Sozialistische Zeitung (SoZ), Marxistischen Blätter, junge Welt, Marxistische Forum, Gruppe Arbeiterstimme, Gruppe Arbeiterpolitik, Rotfuchs

6) Eberhard Czichon/ Heinz Marohn: *Die Wittorf-Affäre 1928*, junge Welt 27/28. September 2003. Siehe auch die Replik, Sebastian Gerhardt: *Skandalaffäre Thälmann*, junge Welt, 18/19. Oktober 2003

erfolgte durch die französische Regierung aus Rücksicht auf die bürgerlichen Kräfte in ihr nicht in dem Maße, wie es notwendig gewesen wäre⁷. Alle Seiten erkannten an, dass die Diskussion über diese Fragen weiter geführt werden müsse, wobei man sich allein am historischen Material und an den für eine kommunistische Bewegung erforderlichen Maßstäben zu orientieren habe.

Aktuelles

Die Auseinandersetzung über die Frage, welche Schlüsse aus diesen Analysen über die Geschichte der kommunistischen Bewegung für eine Politik der Gegenwart zu ziehen seien, verlief lebendig. Hier kamen nahezu alle Punkte zur Sprache, über die in der Linken gegenwärtig diskutiert wird. Eine Aktualität der Übergangslösungen in der gegenwärtigen politischen Praxis wurde nach kurzer Diskussion von niemandem behauptet, allenfalls haben sie derzeit eine allgemein propagandistische Bedeutung. Erfahrungen der Arbeiter und Angestellten in zugespitzten Auseinandersetzungen mit Unternehmern und Staat fehlen in Nachkriegsdeutschland. Ebenso existiert keine Arbeiterklasse, in der noch sozialistische Grundüberzeugungen vorhanden sind.

In der DKP hat sich die Auffassung durchgesetzt, dass das Mannheimer Programm von 1978 und die Hamburger Thesen von 1986 nach dem Untergang des realsozialistischen Lagers grundlegend überarbeitet werden müssen. Bei der programmatischen Erneuerung soll zwar wie bisher die Arbeiterklasse im Zentrum der Überlegungen stehen, jedoch scheint die Partei eines der wesentlichen bisherigen strategischen Ziele, die Herstellung eines Bündnisses mit allen nicht-monopolitischen Schichten, nicht aufgeben zu wollen. Dies zeigte sich bei der Diskussion über die aktuellen Fragen der Politik. Hier wurde herausgestellt, dass man zukünftig verstärkt in den aktuellen Massenbewegungen wie attac und den diversen Antiglobalisierungsinitiativen aktiv sein wolle. Die Vertreter der trotzkistischen Position betonten dagegen, dass der Ausgangspunkt für eine kommunistische Politik der Gegenwart in Beispielen wie den Betriebsbesetzungen und den Hungerrevolten Lateinamerikas ebenso zu sehen sei wie in antibürokratischen Arbeiterinitiativen europäischer Länder, etwa denen Italiens. Eine Bewegung, welche die Eigentumsverhältnisse in Frage stellt, existiere nicht, stattdessen gäbe es weltweit eine Vielzahl von Aktivitäten, die demokratische Rechte in Betrieb, Gesellschaft und Politik einklagten. Wir dagegen hoben hervor, dass die Reorganisierung einer kommunistischen Bewegung in Ländern wie Deutschland nur gelingen könne, wenn sich in den Betrieben und in den Gewerkschaften die Bereitschaft zu einer eigenständigen Arbeiterpolitik wieder herausbildet. Solche Ansätze politisch und ideologisch zu unterstützen, die Erfahrungen aufzuarbeiten und die von solchen Erfahrungen geprägten Kader zu organisieren, bleibe die zentrale Aufgabe. Dabei müsse man natürlich sorgfältig die in den letzten Jahren eingetretenen Veränderungen in der Struktur der arbeitenden Klassen berücksichtigen, etwa den Rückgang der klassischen Stammebelegschaften, die rapide Zunahme der prekären Beschäftigungsverhältnisse, etc.

Letzten Endes blieb der Eindruck haften, dass sich die Positionen nicht grundsätzlich voneinander unterschieden

⁷ *Volksfrontpolitik, ihre Ursachen und Folgen am Beispiel Frankreichs und Spaniens*, Herausgegeben und eingeleitet von der Gruppe Arbeiterpolitik, Bremen 1974

und trotz unterschiedlicher Schwerpunktsetzungen eine Vielzahl von gemeinsamen Ansatzpunkten für eine Fortsetzung der Diskussion bestehen.

Bilanziert man die Tagung, so muss vor allem festgehalten werden, dass sich in Teilen der DKP einiges bewegt. Alte Positionen, die den veränderten Verhältnissen nicht mehr Rechnung tragen, werden über Bord geworfen bzw. überprüft. Viele der Teilnehmer in Leverkusen, die der DKP angehören oder ihr nahe stehen, betonten, wie schmerzlich für sie in den letzten Jahren dieser Prozess gewesen ist. Sicher haben längst noch nicht alle Mitglieder dies in gleicher Weise nachvollzogen. Immer Mal wieder kommt der alte Hochmut zum Durchbruch. Doch diese Haltung, die heute nur noch Hilflosigkeit ausdrückt, wird bei all denen schwinden, die das Abgleiten der Partei zur Sekte verhindern wollen. In einigen Städten gibt es mit Aktiven der Partei bereits Ansatzpunkte für eine gemeinsame praktische Arbeit.

Ein weiteres wichtiges Ergebnis der Konferenz war, dass zum ersten Mal seit der Spaltung der Gruppe Arbeiterpolitik Anfang der 70er Jahre in zwei Gruppierungen beide gemeinsam an einer Veranstaltung teilgenommen haben. Die Suche nach Differenzen in den auf der Tagung diskutierten Fragen blieb ergebnislos.

Z. G. (Arpo), E. G. (Arsti) ■

Nachtrag: Unmittelbar vor Drucklegung des Artikels haben wir erfahren, dass **Hans-Joachim Krusch** verstorben ist. Er hatte auf der Tagung mit seinem Eröffnungsreferat »*Zu den Diskussionen in KI und deutscher Sektion um die Losungen der Arbeiterregierung ...*« eine gute Grundlage für eine sachliche Diskussion geschaffen und so erheblich zum Gelingen der Konferenz beigetragen.

Weiterführende Literatur zum Thema:

Brandler, Heinrich: **Durch die Räte zur Einheit der Arbeiterklasse und zum Kommunismus**. Chemnitz o.J., 14 Seiten

Brandler, Heinrich: **Betriebsräte und politische Arbeiterräte nebst Anhang**. Rede des Genossen Brandler auf dem 5. Parteitag der KPD(S) am 2. 11. 1920, Chemnitz o.O., (1921)

Brandler, Heinrich: **Revolutionierung oder Verfall des Deutschen Bauarbeiterverbandes**. Mit Anhang I und II, enthaltend die Protokollniederschriften der Oppositionskonferenzen 1919 und 1920, Chemnitz, 1920, 94 Seiten

M.J. Braun (d.i. Brandler, Heinrich): **Wer soll die Kriegsschuld bezahlen?** Zur Wirtschaftspolitik des kapitalistischen Bankrotts, Leipzig, 1920, 80 Seiten

Köhler, Bolze, Peregrinus: **Aktionsprogramm, Produktionskontrolle, Uebergangslösungen**. Beiträge zu den Auseinandersetzungen innerhalb der KPD. Berlin, 1928, 48 Seiten

Thalheimer, August: **Westblock – Ostblock. Welt- und Deutschlandpolitik nach dem Zweiten Weltkrieg**. Internationale monatliche Übersichten 1945 – 1948, erweitert um Briefe und Dokumente, o. O., 1992, 460 Seiten

Brandler, Heinrich: **Die Sowjetunion und die sozialistische Revolution**. 1948 – 1950 verfaßtes Manuskript, 1982 von der Gruppe Arbeiterpolitik herausgegeben. o.O., 134 Seiten

Die ersten 5 Titel können als Kopiersatz gegen Kostenerstattung, die letzten beiden Titel als Buchveröffentlichung über das Postfach der GFSA bestellt werden.

Heinrich Brandler (1881 – 1967) »Wir alten Spartakisten...«

Anfang 2001 erschien eine umfangreiche politische Biografie Heinrich Brandlers im Hamburger VSA-Verlag. Mit ihr erwarb der Verfasser, Jens Becker, seinen Dokortitel an der Universität Gießen. Das Buch enthält mehr als 2600 Anmerkungen. Dies macht deutlich, dass der Autor einen großen Materialbestand aufgearbeitet hat. Darunter befinden sich viele Archivalien, die in der einschlägigen Literatur bisher noch nicht aufgearbeitet worden sind.

In der SPD entsteht eine neue Linke

Heinrich Brandler, 1881 in Warnsdorf (Böhmen) geboren, organisierte sich frühzeitig sowohl in der gewerkschaftlichen (1897) als auch in der politischen (1901) Arbeiterbewegung. Er wurde als Maurer und Fliesenleger in einer Zeit Mitglied der SPD, in der die Auseinandersetzungen in der Gewerkschafts- und Arbeiterbewegung begannen, die zur Bildung eines reformistischen und eines revolutionären Flügels führten. Bis dahin hatten in der deutschen Sozialdemokratie die klassenbewussten Kräfte dominiert. Mit dem rasanten Aufstieg des Kapitalismus in Deutschland setzten sich in der Arbeiterpartei des Kaiserreiches jedoch die Kräfte durch, die nur noch Reformen innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft anstrebten. Sie gaben sich damit zufrieden, dass im aufstrebenden Kapitalismus für die Arbeiterklasse Brosamen abfielen und verbanden deshalb nicht mehr den Kampf um unmittelbare Tagesforderungen mit einer revolutionären, sozialistischen Zielsetzung.

Brandler schloss sich den Linken an, also den Kräften, die weiterhin für die Überwindung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung eintraten. Die neue Richtung entwickelte sich nur langsam, weil die politische und theoretische Autorität des SPD-Parteivorstandes und des marxistischen »Zentrums« um Kautsky und Bebel groß war. In einigen Orten führten lokale Entwicklungen zur Herausbildung eines radikalen Flügels. So in Bremen, wo sich die Linken um Johann Knief, Anton Pannekoek und Karl Radek sammelten und in Stuttgart, wo Friedrich Westmayer, später auch Fritz Rück, kritische Kräfte organisierte.

Es ist ein wesentliches Verdienst von Jens Becker, den Weg Brandlers in diesen Jahren detailliert nachgezeichnet zu haben. Brandler engagierte sich nach drei Jahren Wanderschaft in Hamburg ab 1902 in der gewerkschaftlichen Arbeiterbildung. Diese Aktivität führte schließlich (1905) zu seiner Ausweisung. Brandler ging nach Bremen und setzte seine Tätigkeit in der Bildungsarbeit fort. Er hielt die Schulung der



Unbekanntes Datum (etwa 1907), unbekannter Ort. Brandler in der Mitte, mit Strohhut.

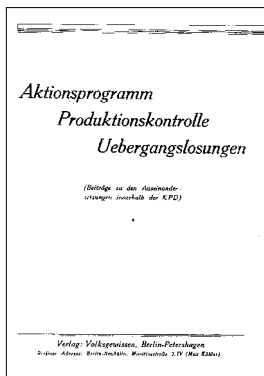
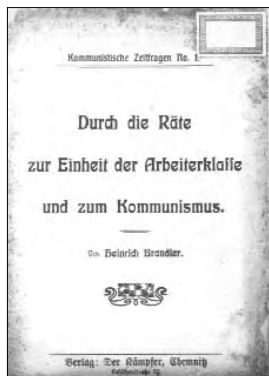
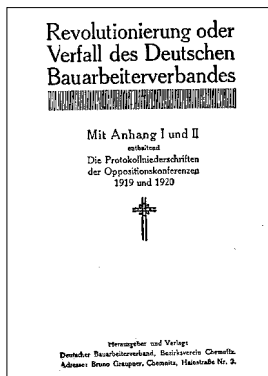
Arbeiter für eine entscheidende Aufgabe von Partei und Gewerkschaften. Darüber hatte er in Hamburg seine erste öffentlich ausgetragene Debatte: Mit Otto Rühle debattierte er im »Hamburger Echo« über die Aufgaben und den Charakter der Arbeiterbildungsvereine, weil ihm die Vermittlung von Allgemeinbildung nicht reichte – »Erziehung zum Sozialismus« sollte die beste Vorbereitung auf den gewerkschaftlichen und politischen Kampf sein. Dies sah er bis zu seinem Lebensende als unverzichtbares Mittel zum Aufbau von Kadern einer kommunistischen Organisation.

Als Gewerkschafter in Chemnitz

1908 ging Brandler nach Zürich. Er traf dort mit russischen Revolutionären zusammen und lernte die Bildungsarbeit der dortigen Arbeiterbewegung kennen. Nach mehrjährigen Auseinandersetzungen um die Linie der Sozialdemokratie in der Schweiz verließ Brandler im Sommer 1914 die Stadt und nahm das Angebot von Fritz Heckert an, hauptamtlicher Sekretär des Bauarbeiterverbandes in Chemnitz zu werden.

Die politische Haltung der Chemnitzer Arbeiterbewegung wurde damals von einer Führungsgruppe um den Reichstagsabgeordneten Gustav Noske bestimmt. Dieser stand auf dem äußersten rechten Flügel der SPD und unterstützte die Kolonialpolitik der Reichsregierung. Nach der Novemberrevolution führte er 1919 als Kommandeur die gegenrevolutionären Reichswehrtruppen an, die u.a. verantwortlich für den Mord an Luxemburg und Liebknecht waren.

Die zu Kriegsbeginn 1914 noch jungen Leute im Büro des Bauarbeiterverbandes, Fritz Heckert und Heinrich Brandler, hatten gegen Noske einen schweren Stand. Er besaß als langjähriger SPD-Führer großen Einfluss unter den sozialdemokratischen Arbeitern. Die beiden erwarben aber durch die Organisierung von Kämpfen für die unmittelbaren Forderungen der Bauarbeiter sogar das Vertrauen der noch nicht Organisierten und konnten so nach und nach den größten Teil der Kollegen ihrer Branche gewerkschaftlich organisieren. Dadurch wurde der Verband zu einem Ausgangspunkt für die Politisierung größerer Teile der Chemnitzer Arbeiterbewegung.



Nach mehr als 50 Jahren in dankbarer Verehrung...

Zürich, den 7. Mai 1966

Lieber Genosse Brandler, Ich hoffe, dass Sie sich noch an die junge Studentin in der »Eintracht« erinnern, die mit Robert Siewert und anderen jungen Genossen zusammen Ihre Kurse besuchte, die »Neue Zeit« und alle anderen Broschüren verkauft hat und an vielen Sonntagen mit Ihnen und anderen Genossen auf dem Zürichsee segeln und rudern gegangen ist. ... habe ich auf Umwegen erfahren, dass Sie in Hamburg leben ...

Und nun möchte ich Ihnen meine herzlichen Grüße senden und Ihnen endlich einmal für alles danken, was ich einst bei Ihnen gelernt (viel mehr als bei den Herren Professoren an der Universität). Jene Ihre Lehren über den Marxismus, über die ökonomischen Grundlagen der Gesellschaft und über den historischen Materialismus haben meine ganze bisherige Entwicklung stark beeinflusst ... Ich habe seither immer in der Arbeiterbewegung irgendwie mitgearbeitet, erst in der SP, dann in der KP, in der Gewerkschaft und zuletzt in der kom. Partei der Arbeit der Schweiz ... Oft denke ich an jene schöne Zeit meiner Jugend zurück, als ich bei Ihnen in die Schule gehen durfte und wir mit den anderen Genossen auch manche frohe Stunde verbringen durften...

... grüße Sie in dankbarer Verehrung, Ihre Paula Suter

Nach Kriegsausbruch 1914, dauerte es dann noch einige Zeit, bis sich größere Teile der Chemnitzer Arbeiter gegen den Krieg in Bewegung setzten und Heckert, Brandler und ihre Genossen eine Alternative zu der um Noske gruppierten SPD-Mehrheit bilden konnten. Zeitgleich entstanden in verschiedenen Orten des Deutschen Reiches oppositionelle, revolutionäre Zentren, die sich allerdings über die einzuschlagende Taktik noch uneinig waren. So waren die »Internationalen Kommunisten« in Bremen um die Zeitschrift »Arbeiterpolitik« äußerst skeptisch gegenüber den Gewerkschaften. Sie hatten die Verbände wegen ihrer Burgfriedenspolitik als Organisationen der Arbeiter schon abgeschrieben.

An diesem Beispiel ist erkennbar, dass die linken Kräfte in der deutschen Arbeiterbewegung erst noch durch weitere Erfahrungen, Diskussionen und gemeinsames Handeln zu einer Partei zusammenwachsen mussten, bevor sie eine politische Führung aus sich heraus bilden konnten. Diese Aufgabe musste überstürzt in den letzten zwei Jahren des Krieges und unmittelbar nach Kriegsende gelöst werden. In dieser Zeit war der Gedanke an den Sozialismus in der deutschen Arbeiterklasse lebendig. Wenig Klarheit herrschte über den Weg zu diesem Ziel.

Die Mehrheit der deutschen Arbeiterklasse folgte 1919 dem Aufruf der Sozialdemokratie, den parlamentarischen Weg zum Sozialismus zu gehen. Es waren die Jahre, in denen die gegenrevolutionären Kräfte Unterstützung durch die SPD- und Gewerkschaftsführung brauchten. Die Hilfe, die diese leisteten, bestand darin, die Linken zu bekämpfen, die Ermordung revolutionärer Arbeiter zu rechtfertigen, den Ausschluss klassenkämpferischer Gruppen wie etwa der Chemnitzer Bauarbeiter aus den gewerkschaftlichen Verbänden zu vollziehen, die Kommunisten auf den Kongressen der Gewerkschaften zu isolieren, usw.

Ein Mann in seiner Zeit

Anlässlich des 75. Geburtstages von Heinrich Brandler berichtete der Genosse Folkert Portykus aus Bremerhaven in der Arbeiterpolitik Nr. 13/9. Jahrgang vom 7. Juli 1956, in einem kleinen Artikel über seine erste Begegnung mit ihm. Nach einer Skizze der Situation am Ende des Ersten Weltkrieges schrieb er weiter: »... Wir weinten im Schmerz um unsere ermordeten Karl und Rosa. Aber voller Wut und Begeisterung gebrauchten wir im Februar 1919 unsere Waffen und Argumente im Kampf um die Räterepublik Bremen.

Im aussichtslosen militärischen Kampf einer Bastion beraubt, wollten wir unseren Todfeinden und ihren Helfershelfern politisch keinerlei nachgeben. Keine Kompromisse mit den sozialdemokratischen Machthabern, kein parlamentarischer Kuhhandel! Neue, »reine« Kampfgewerkschaften, das war unser Programm. Wir gründeten den »Deutschen Schiffahrtsbund« und für die Landbetriebe die »Allgemeine Arbeiter-Union«. So müsste doch alles klar gehen, meinten wir. Unsere Berater waren Otto Rühle, ein Kampfgefährte Karl Liebknechts, und von Hamburg kamen des öfteren Wolffheim und Laufenberg ... Unseren Delegierten zum Heidelberger Parteitag der KPD (Spartakus-Bund) wurde eingeschärft, ja nicht umzukippen, sondern auf unserem »Programm« zu beharren. Das taten sie denn auch und wir waren monatelang abgehängt.

Der erste, der versuchte, uns den mühseligen Weg der Arbeiterklasse zum Sozialismus damals zu erklären, war Heinrich Brandler. Er ließ einen großen Saal mieten, brachte einen Versammlungsleiter, den jungen Genossen Fritz Globig, gleich mit und die Aussprache im proppenvollen Saal begann. Zuerst war die Suppe, in die Heinrich Brandler seine Finger hineingesteckt hatte, sehr heiß. Ein Matrose mit einer roten Kokarde vor der Tellermütze machte sich zum Wortführer des Weges der reinen, »unverfälschten Revolution« und gab sein Erstaunen kund mit den Worten, daß man »den alten, robusten Spartakusmann Heinrich Brandler gar nicht wieder erkenne«. Bis nach Mitternacht ging die Diskussion, und erst die späteren Ereignisse, die unser Wunschgebilde restlos zerfledderten, ließen in uns Erkenntnis reifen...« ■

Über die Einheitsfronttaktik zur Klasseneinheit

Um den Einfluss der Reformisten in der Arbeiterklasse zurückzudrängen entwickelten die Kommunisten eigene Vorstellung. Mit der Einheitsfronttaktik, wie sie ihren Ansatz nannten, sollte die Klasseneinheit auf der Grundlage von Tagesforderungen der Lohnabhängigen hergestellt werden. Diese Überlegungen entstanden, als der Führung der jungen Partei klar wurde, dass die Phase der revolutionären Auseinandersetzungen vorerst beendet war. Zwar kam der Anstoß dazu insbesondere von Lenin, doch die Einzelheiten dieser Taktik, ihre Konkretisierung für die deutschen Verhältnisse, wurde im wesentlichen von Mitgliedern der deutschen KP ausgearbeitet.

Der Kerngedanke dieser Politik ging von der Tatsache aus, dass es neben den revolutionären Arbeitern und ihren Organisationen auch – mehrheitlich – reformistische Arbeiter und ihre Organisationen gab, die im Tageskampf überzeugt werden mussten. Ihre Führer mussten dann Farbe bekennen:

Entweder machten sie mit oder sie sabotierten die Aktivitäten.

Die Taktik der Einheitsfront war keine unmittelbar revolutionäre Politik. Sie sollte die noch an die SPD oder andere linke Parteien gebundenen Arbeiter von der Ernsthaftigkeit der kommunistischen Politik überzeugen und so bessere Ausgangsbedingungen für zukünftige machtpolitische Auseinandersetzungen schaffen.

Dabei konnten die Kommunisten an die Umbruchstimmung in der Arbeiterklasse nach den Elends-Erfahrungen während des Weltkrieges und der Phase galoppierender Inflation 1922/23 anknüpfen.

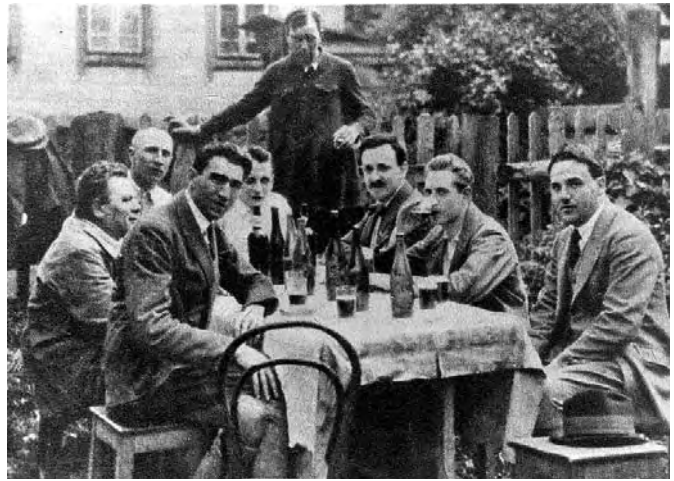
Vorsitzender der KPD

Die Einheitsfronttaktik wurde nur von Teilen der KPD getragen. Vor allem die Berliner Organisation, die sich fest in den Händen von Ultralinken befand, widersetzte sich dieser Politik. Sie meinten, sich der mühseligen Arbeit der Umsetzung von Erfahrungen der Arbeiter in zielklaren politischen Willen entziehen zu können.

Mit mehrmonatiger Unterbrechung war Brandler zwischen 1921 und 1923 Vorsitzender der Kommunistischen Partei Deutschlands. In dieser Zeit hatte ein Teil der KPD-Führung zeitweise die Illusion, die Mehrheit der Arbeiter in einzelnen Gewerkschaften hinter sich zu haben. Obwohl viele Forderungen der Kommunisten auch von nicht-kommunistischen Arbeitern unterstützt wurden, zeigte die Mehrheit der Arbeiter keine Bereitschaft, revolutionäre Kämpfe führen zu wollen, wenn sich friedlichere Möglichkeiten ergaben. Krieg, Bürgerkrieg, Inflation und Hunger hatten sie und ihre Familien erschöpft.

Brandler war der erste, der dies erkannte und im Oktober 1923 entscheidend dazu beitrug, dass die Partei die gemeinsam mit der KI beschlossenen Aufstandsvorbereitungen abbrach.

In der Diskussion um die Ursachen der Niederlage des »deutschen Oktober« spaltete sich die Partei in Fraktionen. Die Kämpfe dieser Gruppierungen prägten in den folgenden Jahren die Auseinandersetzungen in der KPD. Der Kampf begann um die »Herausarbeitung der spezifischen, besonderen Züge, Methoden, Mittel, Taktik, Strategie, Organisation der proletarischen Revolution in Deutschland«¹⁾ wie es Thalheimer es später ausdrückte, und führte zur Konstituierung eines »rechten« Flügels in der KPD²⁾. Die Genossen Köhler, Bolze, und Peregrinus versuchten, die Auffassung der »Rechten« mit ihrer Schrift »Aktionsprogramm, Produktionskon-



In den zwanziger Jahren in der Sowjetunion. Brandler sitzt auf der linken Seite als Zweiter.

trolle, Übergangslösungen«³⁾ Anfang 1927 zusammenzufassen und in der KPD zur Diskussion zu stellen⁴⁾.

Diesen Prozess, der innerhalb der KPD zu einer Vielzahl von Schriften zu zentralen Fragen der kommunistischen Politik in der Mitte der Weimarer Republik führte, stellt Becker nicht dar. Er kann deshalb nur unzureichend erklären, weshalb es schließlich zur Konstituierung der KPD-Opportunisten als »organisierte politische Richtung« und nicht wie 1923/24 zur Unterwerfung von Brandler, Thalheimer und anderen unter die Forderungen der KI kam.

Zur Gründung der KPD-Opportunisten

Erst Mitte/Ende 1928 kamen Thalheimer und Brandler aus der Sowjetunion, in die sie 1924 vor der Verfolgung durch die deutsche Justiz geflohen waren, zurück und nahmen den Kampf um die Partei wieder auf. Die damalige Führung der KPD unter Thälmann hatte sich der Politik der KPdSU untergeordnet. Sie entwickelte nicht die Einheitsfronttaktik weiter, sondern beließ es bei der Verkündung von Endlosungen wie »Sowjetdeutschland« und sah schon bald in der Sozialdemokratie den Hauptfeind in der Arbeiterklasse.

Der Ausschluss von Brandler, Thalheimer, Hausen, Walcher, Siewert, Frölich, Galm und weiteren ca. 6000 (zum Teil schon vor 1914 aktiven) Parteimitgliedern führte ab Dezember 1928 zur Bildung der KPD-Opportunisten (KPD-O). Die KPD-O führte den Kampf um die politische Linie der Partei nun gezwungenermaßen von außen. Es ging ihr nicht darum, eine neue revolutionäre Partei zu schaffen, ein neues »revolutionäres Zentrum«, sondern ihr Ziel war es, die KPD-Mitglieder, besonders die Arbeiter, von einer realitätsnahen, kommunistischen Politik zu überzeugen. Trotz anfänglicher Erfolge war infolge des breiten Vormarsches der Konterrevolution bis zur Machtübergabe an die Nazis die Zeit zu kurz, um eine entscheidende Änderung der Taktik der deutschen Partei herbeizuführen.

Im Jahre 1931, zwei Jahre nach ihrer Gründung, führte dies in der KPD-O zu einer umfassenden Auseinandersetzung. Eine Minderheit um Jacob Walcher und Paul Frölich schloss sich der neugegründeten »Sozialistischen Arbeiterpartei« (SAP) an, einer Abspaltung aus der SPD.

Brandler musste 1933 Deutschland verlassen und konnte erst 1949, ohne seinen politischen Weggefährten August Thalheimer zurückkehren. Dieser starb noch im Exil in Cuba.

1) August Thalheimer: *Um was geht es? – Zur Krise in der Kommunistischen Partei Deutschlands, Eine offene Rede zum Offenen Brief*, Berlin 1929, Reprint Gruppe Arbeiterpolitik, o.J., S. 15

2) ebenda, S. 14

3) *Aktionsprogramm, Produktionskontrolle, Uebergangslösungen, Beiträge zu den Auseinandersetzungen innerhalb der KPD*. Berlin, Ende 1928. Eine von Max Köhler herausgegebene Broschüre, die im Oktober 1927 vom ihm selbst und Waldemar Bolze verfaßte, aber von der Parteiführung nicht veröffentlichte Artikel zusammenfaßt, mit einem Kommentar zur Debatte in KPD und EKKI von Peregrinus (d.i. Leo Borocho-witsch).

4) Heinrich Brandler unterstützte die Diskussion durch seine Artikel: *Beiträge zu einem Aktionsprogramm für Deutschland*, Kommunistische Internationale 1928, Heft 1, S. 32 ff., ders.: *Beiträge zu einem Aktionsprogramm für Deutschland*, Kommunistische Internationale 1928, Heft 2, S. 75 ff.,

In den Jahren der Illegalität nach 1933 zerschlug die Gestapo die meisten linken Oppositionsgruppen, wie SAP, Leninbund, KAPD, usw.. Viele ihrer Mitglieder wurden inaktiv, einige kehrten zur SPD oder zur KPD zurück.

Dies galt nur teilweise für die KPD-O. Sie schaffte es, einen Kern von GenossInnen organisatorisch zusammenzuhalten und sich auch politisch immer wieder zu aktuellen Fragen zu äußern. Brandler suchte während der von der Leitung der KPD-O beschlossenen Emigration zusammen mit Thalheimer und weiteren Genossen jede Gelegenheit, ob in Straßburg, in Paris oder später in Havanna, die im illegalen Widerstand tätigen Genossen im Deutschen Reich und deren Berliner Komitee (BK) politisch zu unterstützen. Brandler fühlte sich in der Emigration in Paris überflüssig. Er sagte, er denke oft, dass er in Deutschland im Widerstand besser am Platze wäre und beneidete die, die als Kuriere aus der illegalen Bewegung nach Paris kamen, Informationen und politisches Material austauschten, um dann zurückzukehren.

Die Gruppe Arbeiterpolitik entsteht

Brandler nahm unmittelbar nach Kriegsende, noch während der Emigration, Kontakt zu den Genossen in Deutschland auf, die sich wieder organisiert hatten. Das geschah illegal ebenso wie das Einschmuggeln politischer Analysen. Er brachte als Quintessenz seiner politischen Erfahrungen in die beginnende politische Diskussion ein, dass es notwendig werde, eine kommunistische Kaderorganisation aufzubauen, die sich ausschließlich aus Mitteln ihrer Mitglieder und Sympathisanten finanziert, und teils über ihre politische Zeitschrift, teils über die praktische Arbeit in den Gewerkschaften wirken sollte. Er beteiligte sich entsprechend am Aufbau der »Gruppe Arbeiterpolitik« und schrieb u.a. 1949 zu seinen Lehren aus den Weimarer Niederlagen: *»Unter den ... westeuropäischen Klassenbeziehungen brauchen wir ... Kader von einer weit grösseren Selbständigkeit, die handeln können, ohne auf Anweisung von oben, von einer zentralen Stelle, warten zu müssen. Die Geschichte Westeuropas und der deutschen Arbeiterklasse im besonderen hat einen Typus Proletarier vorgebildet, der sich diese Selbständigkeit sehr wohl erwerben kann. Es ist unsere Aufgabe, die Arbeit so zu organisieren, dass für den fortgeschrittensten und opferbereitesten Teil der jüngeren Generation der deutschen Arbeiter die Möglichkeit zum Erwerb dieser Qualifikation geschaffen wird«* (»Briefe aus der Ferne«, abgedruckt in Arbeiterpolitik 1967/5, S. 11).

Brandler stellte sich dieser Aufgabe, indem er am Aufbau der Gruppe mitwirkte, z.B. als Referent bei Veranstaltungen in Hamburg, Bremen, Nienburg, Salzgitter und anderen Orten, als Verfasser der Broschüre »Der Hessenstreik und seine Lehren« (1952) und bis 1956 als Mitarbeiter der Zeitschrift »Arbeiterpolitik«, in der er u. a. »Weltpolitische Übersichten« veröffentlichte. Einige andere überlebende Mitglieder der früheren KPD-O stimmten mit Brandler überein und arbeiteten in denselben Zusammenhängen. Allerdings musste Brandler erkennen – und sprach es auch aus –, dass *»die Kraft, gegen die eigene Bourgeoisie anzukämpfen, fehlt. Ausnahmen bestätigen nur die Regel. Das sind Erscheinungen des derzeitigen Zustandes der Arbeiterbewegung, denen man sich nicht verschliessen darf, wenn man dafür arbeiten will, ihn zu ändern.«* (ebd., S. 12).



Anfang der 60er Jahre in Bremen. Nach einem Vortrag wird Brandler mit einem Fresskorb von den Bremer Genossen verabschiedet. Von links: Heinz und Lulu Kundel, Schorse Stockmann, Günter Kuhlmann, Heinrich Brandler, Franz Cavier.

Doch angesichts des wirtschaftlichen Aufschwungs, der Mitte der 50er Jahre einsetzte, gab es kaum Chancen für die Entwicklung einer kommunistischen Politik. Konzessionen der wieder erstarkenden herrschenden Klasse Westdeutschlands an die Arbeiterbewegung wie die Einführung der betrieblichen Mitbestimmung, die Verabschiedung sozialstaatlicher Gesetze, sowie gleichzeitig die von den Arbeitern als unattraktiv empfundene Politik der DDR-Führung schwächten die kommunistischen Kräfte im Nachkriegsdeutschland weiter. An der Frage, wie sich die Gruppe Arbeiterpolitik zu dieser Entwicklung verhalten sollte, kam es 1956 in der Leitung der Gruppe Arbeiterpolitik zu einer Auseinandersetzung, in der Brandler erkennen musste, dass diese Aufgabenstellung nicht von der Mehrheit der Gruppe getragen wurde. Er stellte daher seine Mitarbeit an der Zeitung ein und behielt nur noch Kontakt zu einigen Mitgliedern. 1959 stellte die damalige Gruppenleitung das Erscheinen der Zeitschrift »Arbeiterpolitik« ein. Der erste Versuch, eine Kadergruppe aufzubauen, war damit gescheitert. Ein Teil der Gruppe ging zur SPD.

Brandler ging diesen Weg nicht mit. Er beteiligte sich erneut ab 1959 bis zu seinem Tod 1967 an der Initiative Bremer Genossen, eine eigenständige kommunistische Gruppe auf der Grundlage der bisherigen Überzeugungen zu bilden.

Ein lesenswertes Buch

Der Biograf Becker überspringt in seinem Buch manchmal Ereignisse, die für die Entwicklung Brandlers wichtig gewesen sein dürften. Damit ist nicht gemeint, dass er dessen Privatleben außen vor gelassen hat. Dazu liegt äußerst wenig Material vor, und Brandlers Bedeutung liegt nun mal in seiner Rolle in der Arbeiterbewegung. Er selbst wollte sich auch nicht anders sehen.

Anderes hat Becker wohl falsch verstanden: Es ist eher unwahrscheinlich, dass Brandler in der Räteregierung in München Staatssekretär war (Seite 84), und dadurch die deutsche Staatsbürgerschaft erwarb. Staatssekretär war er 1923 in der ebenfalls kurzlebigen sächsischen »Arbeiterregierung« für 11 Tage.

5) Jens Becker, S. 380

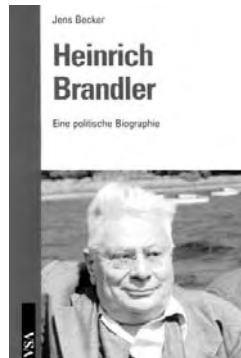
Der auf Seite 292 genannte Karl Rehbein aus Hanau war nach seinem Ausschluss aus der KPD 1928/29 nicht Mitglied der KPD(O) geworden, sondern trat der SPD bei.

Wichtig wäre es z. B. gewesen, dass Becker den weiteren Weg des ausgeschlossenen Chemnitzer Bauarbeiterverbandes untersucht hätte, weil Brandler mit diesem Verband, der noch Ende der 20er Jahre eine Rolle spielte, in Verbindung geblieben war. Ebenso sollte das frühe Beispiel für die Entwicklung der Einheitsfronttaktik, die 21 Forderungen der Stuttgarter Metallarbeiter vom Dezember 1921, die wahrscheinlich von Thalheimer zusammen mit Fritz Rück formuliert wurden, dargestellt und analysiert werden.

Die Krise 1921 um den Parteivorsitzenden Pau Levi nach der »März-Offensive«, ein Desaster für die KPD, an der Thalheimer beteiligt war, übergeht er fast ganz (S. 126 – 129).

Es gelingt ihm auch nicht zu verdeutlichen, dass es sich bei der »Einheitsfronttaktik« der Brandler/Thalheimer-Führung und der »Einheitsfrontpolitik von unten«, die von der späteren Thälmann-Führung propagiert wurde, um zwei völlig entgegengesetzte Konzeptionen handelte:

Zur ersten: Die in der SPD organisierten Arbeiter identifizierten sich aufs engste mit der Partei und ihrer reformistischen Politik. Ein Appell von revolutionärer Seite konnte nur durch die Einbeziehung der reformistischen Organisationen, durch konkrete Forderung zur Umsetzung auch dort entstandener Forderungen, und durch gemeinsame Aktionen mit den einzelnen Gliederungen und den Mitgliedern Wirkung erzielen.



Jens Becker: Heinrich Brandler. Eine politische Biographie

511 Seiten, Hardcover, VSA-Verlag,
Hamburg 2001

Zur zweiten: Die reformistisch geführten Organisationen zu ignorieren oder gar zu denunzieren, bedeutete, ihre Mitglieder nur als Individuen, wie Unorganisierte anzusprechen.

Diese politische Biografie Jens Beckers ist materialreich und lesenswert, auch wenn seine Herangehensweise gekennzeichnet ist von seinem reformistischen Verständnis der Geschichte der Kommunistischen Bewegung, wenn er in der Person Brandlers weniger die Richtung innerhalb der kommunistischen Bewegung sieht, sondern mehr den »Ketzer, der dafür die Exkommunikation auf sich nahm«⁵¹. Dennoch gelingt es Becker, die Rolle Heinrich Brandlers in entscheidenden Fragen klassenbewusster Politik in Deutschland deutlicher als bisher herauszustellen.

Februar 2004 ■



Fritz Duda wurde am 30. Januar 1904 als Sohn des Bergarbeiters Adam Duda in Horst-Emscher, heute ein Ortsteil von Gelsenkirchen, geboren. Der Junge hatte zwei verkrüppelte Hände, er würde nie mit ihnen Kohle fördern können. Dennoch lernte er, sich im Leben zu behaupten und entwickelte seine besondere Weise, sich die Welt anzueignen. Malen wurde ihm so selbstverständlich wie leben. Seine besten Bilder sind Farbkunstwerke, aus denen wir durch die Leuchtkraft seiner Farben Heiterkeit und Lebensfreude erfahren und über denen wir meist vergessen, wieviel aufgehobene

Qual, wieviel überwundene Bitternis diesen vollendeten Bildern vorangehen.

Grunderlebnisse des jungen Duda in seiner Heimat waren die schwarzen Kohlenberge und das Grau des Himmels wie der Mietshäuser, aber ebenso das offene Aufeinanderprallen der Klassen im Ruhrgebiet. Während die Soldaten Kohlenhalden bewachten, froren die ruß- und kohlenstaubgeschwärzten Menschen in den Zechenkolonien. Der Kampf und der Streik der Kohlekumpel um ihre Rechte, das Leid und auch die Verzweiflung der Bergarbeiterfamilien, Grubenunfälle und das pausenlose Dröhnen vom Einschließen Kruppscher Kanonen bildeten Grunderlebnisse des künftigen Malers.

Als Siebzehnjähriger wurde er Zeuge der Kämpfe zwischen den Kapp-Putschisten und klassenbewußten Arbeitern der Roten Ruhr-Armee. Vor dem Haus seiner Eltern ließ ein Offizier der Putschisten einen entwaffneten

Arbeiter erschießen, die Eltern rissen den zur Hilfe für den Verwundeten aufspringenden Jungen zurück. Dieses Erlebnis blieb unvergessen, es stand mit Pate, als Duda zur Erinnerung an die Opfer des antifaschistischen Widerstandskampfes 1947 die **Erschießung** malte.

Der Bergarbeitersohn wurde früh und für immer ein bewußter und leidenschaftlicher politischer Streiter der revolutionären Arbeiterbewegung. Seine Teilnahme und seine innere Anteilnahme am Kampf der Arbeiter gegen Elend und Unterdrückung, gegen Faschismus und Krieg, für ihre Be-

freie und für ihre Macht bildeten den Grundboden jenes Erlebens der Welt, das er in seinen Bildern gestalten sollte.

Dudas künstlerische Ausbildung begann 1922–1924 an der berühmten Folkwangschule in Essen. Dort lernte er nicht nur malen, sondern auch junge Künstler kennen, die gleich ihm am Kampf der Arbeiter teilnahmen und ebenso darum rangen, ihre Erlebnisse in Farbe oder in Stein mitzuteilen. Mit den Bildhauern Pitt Rosenbaum, Hermann Blumenthal und Fritz Cremer ging er 1924 aus dem roten Ruhrgebiet ins rote Berlin. Hier studierte er an der Hochschule für freie und angewandte Kunst Malerei bei Paul Plontke und Carl Hofer (1924–1933) und wurde bei Hofer Meisterschüler.

Der angehende Maler studierte die Malerei seit Delacroix und setzte sich mit den verschiedenen zeitgenössischen Richtungen auseinander. Hofer als Lehrer imponierte ihm durch Klarheit in der Farbe und im Bildaufbau. Dudas Farbpalette ist unverkennbar von französischen Vorbildern beeinflusst. Nachhaltig wirkte der Impressionismus auf ihn; während er sich dessen künstlerische Entdeckungen aneignete, blieb doch die Hinwendung zur Natur, zum Gegenstand die wichtigste Voraussetzung für ihn. Den stärksten Einfluß übten Cezanne und von Gogh auf ihn aus, in Bildaufbau und Anwendung der Farbe ist Cezanne vielfach Vorbild.



Erschießung, 1947

Der Maler Duda hatte niemals den Ehrgeiz, mit wirklichen oder scheinbaren formalen Neuerungen zu verblüffen. Die Kunst war ihm nicht Selbstzweck. Zu seinen ein Leben lang festgehaltenen Gestaltungsprinzipien gehörte es vielmehr, seinem Erleben Ausdruck zu geben und diesem Ziel die Gestaltung unterzuordnen. »*Er hat etwas zu sagen, darum spricht er deutlich zu allen Menschen*«, schrieb die Kunstkritikerin Carola Gärtner-Scholle über ihn.

Eine weitere Maxime bestand darin, ein Bild mit entsprechender Komposition zu bauen. Der Aufbau ist von der Farbe

bestimmt, die Zeichnung wird dem Aufbau der malerisch erfüllten Leinwand unterworfen. Klarheit und Ausdruckskraft der Farben sind von größter Bedeutung für ihn, sie führen ihn gleichzeitig zur Strenge der Komposition. Bei Duda spricht unmittelbar die Farbe selbst, sie trägt die Aussage, aus ihr spricht sein Erlebnis. Ob düstere Bedrohung, Trauer und Mitleid, ob Spannung und Widerspruch oder ob Heiterkeit und ungetrübte Lebensfreude. Duda war ein Poet der Farbe, Kolorist aus Neigung und Überzeugung. So farbenhungrig er war, eine plakativ-dekorative Malerei war seine Sache nicht. Wie er an Hofer Klarheit und Bekenntnis schätzte, so bewunderte er sein Leben lang an Mathias Grünewald dessen kämpferische Expressivität.

Duda war ein Sohn des Ruhrreviers, diese Industrielandschaft bildet als gesellschaftlicher Raum, als Ort des Lebens und Kämpfens der Bergleute den Gegenstand vieler Bilder von den 20er bis zu den 60er Jahren. Das Schwarz der Kohlenberge und das milchige Grau des rußgeschwärzten Himmels kontrastieren spannungsreich mit dem Weiß einer Schranke oder der Wäsche der Bergarbeiter. Dunkel und bedrückend wird diese Umgebung erlebt. Die Eintönigkeit und Schmutzigkeit dieser Welt und ihr trüber Himmel spiegeln sich in depressiver Farbigkeit wider. Aber Dudas Farben selbst sind nicht trüb oder stumpf, sondern bestimmt und ausdrucksstark. Bekannte Bilder seiner Heimat sind neben **Zechenhalden von Nordstern** (1934) und ähnlichen Stadtlandschaften vor allem der **Schlepper** (1937) und das alte **Grubenpferd** (1934/35). Duda liebte seine Heimat – und die Blumen. Wie er in den Ruhrlandschaften das Unheimischsein in dieser Umwelt malte, so die **Blumen am Fenster** als bedrängt und eingesperrt. Die Schönheit des bescheidenen Straußes am Fensterbrett hat sich in der sparsamen und doch verhalten leuchtenden Farbkraft dieser Blumen vor diesem Umwelthintergrund zu behaupten. Dieser Strauß läßt die Poesie und Schönheit späterer Blumenstücke Dudas nicht erahnen.

Auf der Hochschule für freie und angewandte Kunst in Berlin-Charlottenburg wurde Fritz Duda nicht nur Maler, hier wurde er Kommunist. Seit 1928 gehörte er der Arbeitsgemeinschaft bildender Künstler Deutschlands, der bekannten »Asso« an. Mit Fritz Cremer und anderen Studenten gründete er an seiner Hochschule die Rote Studentengruppe. Gemeinsam mit Pit Rosenbaum trat Fritz Duda 1929 in die Kommunistische Partei ein und zwar gleich in die Opposition, weil er deren Politik gegenüber dem heraufziehenden Faschismus für die einzig richtige hielt. In ihren Reihen war er legal bis 1933 aktiv und illegal zwölf Jahre im antifaschistischen Widerstandskampf tätig.

Nach dem Beginn der faschistischen Diktatur wurde der Meisterschüler Duda als erstes aus der Hochschule entfernt. 1935 beteiligte er sich an einer Kollektivausstellung in der Galerie Gurlitt in Berlin. Der Versuch einer Gruppe junger Maler, 1936 in der Galerie Heyde in Berlin auszustellen, wurde sofort unterbunden. Freischaffend zu leben ohne Bilder zu verkaufen, war schier unmöglich, so lebte Duda bis 1939 hauptsächlich von Wohlfahrtunterstützung, während des Krieges fand er eine Arbeit als Gipser in einem Architekturbüro. 1944 traf ihn ein entsetzlicher Verlust, bei einem Bombenangriff auf Berlin wurden alle seine im Atelier befindlichen Arbeiten vernichtet, nur wenige früher verkaufte oder ausgelagerte Werke sind uns aus seiner ersten Schaffensphase erhalten.

Nach dieser Zerstörung seiner Bilder malte Fritz Duda 1944 als erstes Bild den **Feldblumenstrauß**. Dieses Bild ist ein Bekenntnis: Angesichts des noch andauernden Grauens faschistischer Barbarei und als direkte Antwort auf den Verlust der meisten seiner Arbeiten drückt sich in den nun entstehenden Bildern Optimismus und Kraftbewußtsein aus. Duda begann seine neue Schaffensphase mit einem strengeren Bildaufbau. Noch vor der Befreiung malte er **Mühle in Xanthen** und **Brücke Haus Bergen**, beide zählen zu seinen stärksten Bildern. Die **Mühle** in dominierendem Weiß wirkt gerade durch ihre nüchterne, straffe und klare Form poetisch. Hier wie in **Brücke Haus Bergen** bleibt die Farbe in großen Flächen streng und verhalten. Der klare wie spannungsreiche Bildaufbau zeigt die Welt nicht in fremder Sachlichkeit, sondern bejaht in ihrer Herbheit die Schönheit der dem Menschen eigenen Landschaft.

Noch vor der Befreiung malte Duda **Mutter, dein Sohn**, ein Jahr danach den **Heimkehrer**, der im Museum für deutsche Geschichte in Berlin hing – solange es die DDR gab. Dieses Dokument nicht nur der Schwere, sondern auch der Bitternis verdeutlicht, daß Befreiung und Neuaufbau nur als Niederlage des Heimkehrenden möglich waren.

Seit der Befreiung vom Faschismus 1945 wirkte Duda in der Reihe jener Künstler, die durch ihre Kunst wirksam auf die Gestaltung einer neuen Gesellschaft Einfluß nehmen wollten. Er trat vehement dafür ein, daß sich die Künstler in der Gewerkschaft organisierten und gehörte zu den Initiatoren des »Schutzverbandes bildender Künstler« im Rahmen des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes (Kunst und Schrifttum, später Gewerkschaft 17). Innerhalb des Verbandes gründete Fritz Duda am 2. Oktober 1946 mit Horst Stempel, Paul Schulz-Liebisch, Wilhelm Hölter, Heinrich Drake und anderen Künstlern eine »Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Künstler«. Sie konnte z.B. durchsetzen, daß ihre Forderungen nach gewerkschaftlicher Mitbestimmung der Künstler in allen Fragen der Voraussetzungen und der öffentlichen Wirksamkeit der Kunst, z.B. Mitsprache bei öffentlichen Kunstkäufen und im behördlichen Ausstellungs- und Auftragswesen, Kampf gegen den Kitsch, Reinigung des Kunstlebens, Einfluß auf die Berufung von Lehrkräften an öffentlichen Kunstschulen, darüber hinaus Bildung von Atelieregemeinschaften, Ausstellungs- und Verkaufsläden im Mai 1948 zu einem offiziellen 10-Punkte-Programm des Schutzverbandes erhoben wurden. Die Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft Fritz Duda und Horst Stempel wurden 1948 in den Vorstand des Berliner Schutzverbandes gewählt und Duda vertrat den Schutzverband im Vorstand des Gewerkschaftsbundes. Dennoch wurde von diesem Programm niemals auch nur ein einziger Punkt realisiert. Die Kulturpolitik der SED folgte sowjetischen Mustern, die schöpferischen Potenzen gewerkschaftlicher Mitbestimmung der Künstler waren ihr weniger wichtig als die Sammlung bekannter Namen etablierter Künstler und die Orientierung auf populäre, weil traditionelle Kunst. 1950 wurde anstelle der Gewerkschaft 17 ein separater Verband bildender Künstler Deutschlands gegründet. Die Arbeitsgemeinschaft im Schutzverband löste sich auf.

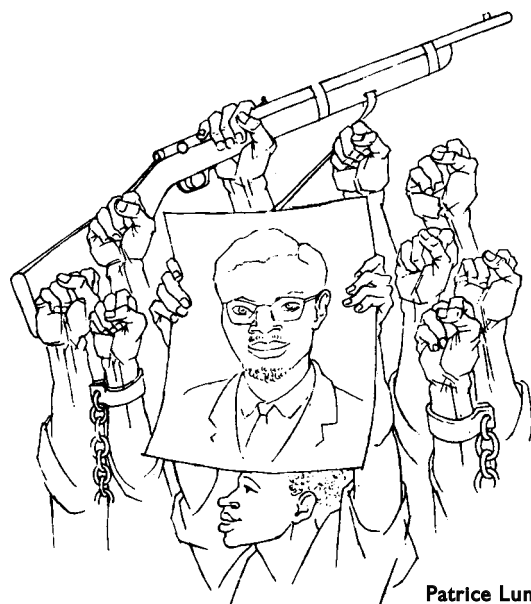
Nach der Befreiung 1945 hielt Duda eine selbständige Weiterführung der KPD (Opposition) für politisch verfehlt und trat in die KPD ein. Doch mit der Parteireinigung der SED 1950/51 wurde er wegen seiner früheren Zugehörigkeit zur Opposition aus der SED ausgeschlossen. Die politische



Selbstbildnis, 1966/67

Verfemung zog die künstlerische und die bürgerrechtliche nach sich. Duda überlebte ein halbes Jahrzehnt, von 1951 bis 1956, fast ohne Auftrag und Bildverkauf, selbst die VVN-Rente wurde ihm gestrichen. Er überstand diese Zeit dank der Unterstützung von Künstlerkollegen, vor allem von dem Maler Heinrich Ehmsen und dem Bildhauer Fritz Cremer. Ihnen ist zu danken, daß der kommunistische Maler in der ausgeprägt stalinistischen Phase der Entwicklung der DDR nicht zugrunde gegangen ist.

Seit 1945 lebte Fritz Duda freischaffend in Berlin. Er beteiligte sich an allen wichtigen Ausstellungen des Verbandes bildender Künstler, der Akademie der Künste, des Ministeriums für Kultur, sei es in Berlin, Dresden, Rostock oder Erfurt, sei es in Essen, Baden-Baden, Zürich, London, Moskau, Helsinki, Prag, Peking, Ulan-Bator, Bagdad, Habana oder Jerewan. In seinem langen Leben hat der Maler nicht viele Ausstellungen gehabt, deren Zweck eine Übersicht über sein Werk war: einen Durchbruch in der Anerkennung



Patrice Lumumba, 1960/61



Fritz Cremer, links, eröffnet die Ausstellung im Alten Museum, Berlin 1974. Sitzend mit Stock, Fritz Duda.

seiner künstlerischen Leistung brachte die Ausstellung 1948 in der Galerie Franz in Berlin Wilmersdorf, 1959 in der Kleinen Galerie Pankow und 1962 in der Bücherstube in Berlin. Von 1962 bis 1964 gab es eine Wanderausstellung mit 100 Arbeiten von ihm, die in vielen Städten der DDR gezeigt wurde. Große Duda-Ausstellungen fanden 1964 anlässlich seines 60. Geburtstages im Internationalen Ausstellungszentrum in Berlin und 1974 zu seinem 70. in der Neuen Galerie im Alten Museum in Berlin statt. Die letzte Ausstellung zu Lebzeiten des Malers gab es 1989 im Ephraim-Palais in Berlin zu seinem 85. Geburtstag.

Bis zur III. Deutschen Kunstausstellung der DDR (1953) galt der Maler Duda durchaus als »modern«, er gewann auch künstlerisch an Einfluß. Seit dieser Ausstellung galt derselbe Künstler mit denselben Malereien als Formalist. Nach 1956 hellte sich seine Farbpalette auf, das hatte nicht nur mit den besuchten südlicheren Ländern zu tun, sondern wesentlich mit der politischen Erleichterung nach dem 20. Parteitag der KPdSU, die auch ihm eine Rehabilitierung brachte. Hatte er vor dem zweiten Weltkrieg in Studienreisen Österreich, Dänemark, die Tschechoslowakei und die Schweiz besucht, so fuhr er ab 1958 häufiger in das von ihm geliebte Bulgarien, in die mittelasiatischen Sowjetrepubliken, aber auch nach Moskau, Colmar und Krakow. Die sonnige Helligkeit Bulgariens, die südliche Heiterkeit und Helle der Farben regte ihn zu vielen Landschaftsbildern an. **Straße in Koprivtschiza** ist wie viele ähnliche Bulgarienbilder mit schwungvoller Linie komponiert. Ursprünglichkeit wie Gegenwart des Landes werden lebendig, ohne daß die Harmonie beschaulich wird. Noch heller empfindet der Betrachter die Landschaftsbilder aus Buchara und Samarkand (**Markt in Buchara, Alter Usbeke**). Doch nicht allein in südlichen Landschaften entfaltet sich Dudas Landschaftsmalerei, von poetischer Wärme ist auch eine Reihe Moskauer Stadtlandschaften, deren herbste zugleich eine seiner schönsten ist (**Blick auf den Kreml**).

Duda malte in vielen Genres, politische Bilder, Stilleben, Landschaften, Porträts, so das bekannte Porträt von Robert Siewert. Nicht alles gelang ihm gleichermaßen. In Landschaft und Blumenstück entfaltete sich seine Palette am farbenprächtigsten. Doch selbst im schönsten Blumenbild malte er keine Idylle. »Echt ist das alles« schrieb Carola Gärtner-Scholle, »ein Mensch unserer Zeit legt Bekenntnis ab, einer, der sich nichts erspart, von nichts schnell fortsieht, um es zu vergessen. Nirgendwo Phrase, Freske oder versuchte Monumentalität«.

Einen unentbehrlichen Teil seines Schaffens bilden Bilder und Graphiken mit direkt politischer Thematik, das bekannteste ist wohl **Karl Liebknecht spricht im Tiergarten**. Als kommunistischer Künstler nahm der Maler unmittelbar Stellung zu den politisch-historischen Lebensfragen der Zeit. Entlarvend und anklagend, Schrecken und schauernden Abscheu erregend, gestaltete er sein Erleben der Verbrechen des Imperialismus, sei es in Algerien, Vietnam oder Chile. Diese Bilder versinnbildlichen kein bloßes Mitleid, sondern Aufschrei, Aufruf,

Widerstand. Duda malte selbst Opfer nicht als bloß Leidende, sondern als Kämpfer.

Fritz Duda war schon auf seinem Fachgebiet ein wißbegieriger Mensch, so analysierte er die jeweilige Funktion der einzelnen Farben; aber diese Wißbegierde beschränkte sich nicht auf seinen beruflichen Umkreis. Er studierte wissenschaftliche und historische Literatur und wollte die politischen und gesellschaftlichen Zusammenhänge ebenso begreifen wie die ästhetischen. Seine wache Neigung, allen Dingen persönlich auf den Grund zu gehen, machten aus dem Maler einen klugen und kenntnisreichen Zeitgenossen mit einem entwickelten theoretischen Sinn. Ihm waren Lernen und Begreifen zum Bedürfnis geworden. Doch theoretischer Sinn und Studienfleiß machten aus diesem Maler keinen Mann, der sich vor der Welt ins Studierzimmer oder Atelier zurückzog. Duda war diskussionsfreudig und streitbar, er wollte teilnehmen und eingreifen – durch seine Kunst und durch seine politische Tätigkeit. Kämpferisch und energisch, mit Leidenschaft und Verve setzte er sich für das als richtig Erkante ein und war dabei so hartnäckig wie selbstlos. Denn er lebte eine in Deutschland seltene Eigenschaft, und die heißt Zivilcourage in den eigenen Reihen. Kehrseite seines bewußt kämpferischen Lebens und seiner eingreifenden Humanität war jene Freundlichkeit und Sanftheit, die sich nicht nur in den geschwungenen Linien mancher seiner Landschaftsbilder widerspiegelt, sondern in der warmherzigen Zuwendung.

Als der Maler am 13. Juli 1991 in Berlin nach langen Jahren der Krankheit starb, hinterließ er in der DDR eine kleine treue Gemeinde von Liebhabern seiner Bilder. Duda gehörte auch hier weder zu den Modemalern noch zu den staatsoffiziellen Stars. Seine Farbkultur galt den Nachläufern des jeweilig letzten Schreis als hoffnungslos veraltet, nicht anders als die von Niemeyer-Holstein oder Rosenhauer, die in der DDR diese Farbkultur repräsentierten und hochhielten. In seiner Heimat wiederum war der Sohn des Ruhrgebietes inzwischen vergessen. Als daher die Galerie Kabuth 1995 in Gelsenkirchen eine erste kleine Ausstellung mit Bildern von Duda zeigte, gab es im Publikum ein so befreiendes wie sehnsüchtiges Erstaunen: Dieser Maler zeigte gegenständliche Malerei als Selbstverständlichkeit und dazu eine Farbpalette von solcher Klarheit und Ausdruckskraft, daß die von der jahrzehntelangen Herrschaft der abstrakten Malerei und ihrer Normative gefütterten Zuschauer hörbar aufatmeten. Für die alte Bundesrepublik bleibt der Maler Fritz Duda noch zu entdecken.

Werner Röhr, 15.03.04 ■